Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

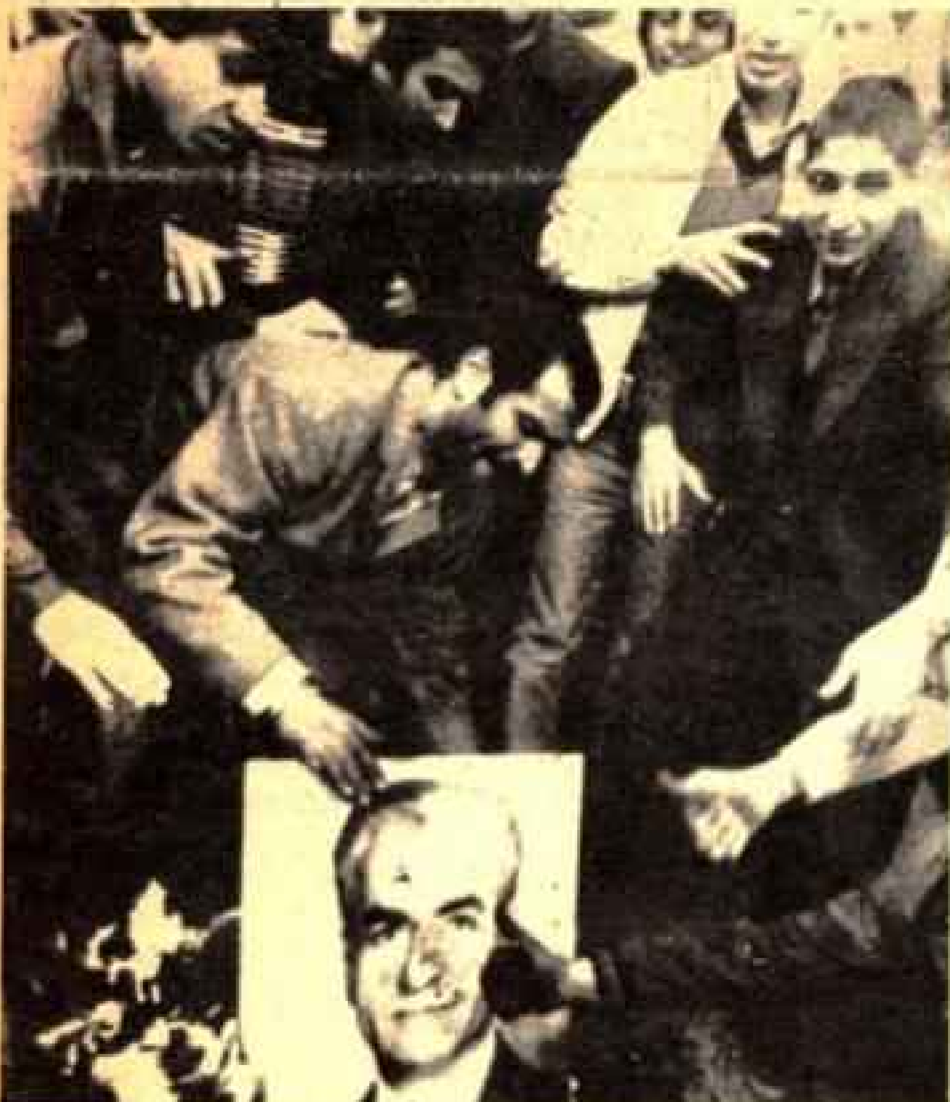
Nr. 3, 19. Januar 1979 12. Jahrgang 50 Pfennig

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3426

Iran — Der Schah am Ende

Plant Washington Militärputsch?

Die Lage im Iran hat sich in den letzten Tagen weiter zugespitzt. Anhaltende Massendemonstrationen gegen den Schah und die Regierung Bakhtiar kennzeichnen das Bild in den Städten des Landes. Am Wochenende ging in der Hauptstadt Teheran wieder eine halbe Million Menschen auf die Straße, unter Parolen wie „Tod dem Schah!" und „Bakhtiar, du bist ein Verräter!"



Studenten verbrennen im Stadtzentrum von Teheran ein Foto des Schahs.

Kein Zweifel — der Schah, einer der blutigsten Despoten unserer Tage, ist am Ende. Noch in dieser Woche wird mit seiner Flucht ins sichere Ausland gerechnet. Aber was dann? Das Verschwinden des kaiserlichen Henkers wird nicht die Probleme des iranischen Volkes lösen. Vor allem wird es nicht der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über den Iran ein Ende setzen. Gerade die letzten Tage haben in aller Deutlichkeit gezeigt, wo die persische Politik gemacht wird. Nicht im Kaiserpalast von Teheran, nicht in den Kanzleien der ständig wechselnden Regierungen — sondern in Washington.

Die Carter-Regierung gab dem Schah den deutlichen Wink, die Koffer zu packen. „Der Schah ist nicht mehr die Schlüsselfigur des Irans", stellte Außenminister Vance ganz selbstverständlich fest. Und Washington schob eine neue Figur aufs Kampffeld — den jetzigen Regierungschef Bakhtiar. Sollte er auch scheitern mit seinem Auftrag, die amerikanische Kontrolle über den Iran zu sichern, wird Carter nicht zögern, auch ihn abzuservieren. In den letzten Tagen wurde im Iran immer lauter von der Gefahr eines neuen Militärputsches gesprochen. Die Männer, die ihn in Gang setzen könnten, stehen schon bereit. Bakhtiar hat eine der finstersten Gestalten unter den iranischen Generälen, Jaafar Schafakat, den Verantwortlichen für die Massaker von Täbris, zum neuen Kriegsminister gemacht. Und Washington hat den NATO-General Huyser als Sonderbeauftraten nach Teheran gesandt.

Darüber hinaus sind drei weitere US-Kriegsschiffe unterwegs zu den iranischen Gewässern. Eine Staffel F-15-Jagdbomber wurde in das benachbarte Saudi-Arabien verlegt und eine Luftbrücke zur Versorgung der iranischen Armee vom amerikanischen Militärflughafen Scott Air Force Base nach Teheran wurde eingerichtet. Deutliche Anzeichen dafür, daß die amerikanischen Imperialisten neue Verbrechen gegen das iranische Volk planen. (Berichte über die Lage im Iran auf Seite 10).

63.000 stimmten mit NEIN

Stahlarbeiter fühlen sich verschaukelt

Seit Donnerstag vergangener Woche wird auf allen Hüttenwerken wieder Stahl erzeugt, gegossen und gewalzt. Nach mehr als sechs Wochen ging einer der härtesten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik zu Ende.



Bei den Tarifkommissionssitzungen in Mülheim brachten aufgebrachte Stahlkocher, darunter vor allem viele aktive Vertrauensleute und Streikposten, unmißverständlich ihre Meinung zum Tarifabschluß zum Ausdruck.

Es war der erste Streik der deutschen Arbeiter für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Stahlwerker waren entschlossen, so lange zu streiken, bis ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche erzwungen ist. Auch durch den Aussperrungsterror der Kapitalisten ließen sie sich in ihrer Kampfentschlossenheit nicht beirren. Daß sie ihr Ziel nicht erreicht haben, liegt nicht daran, daß sie zu schwach gewesen wären, die Kapitalisten in die Knie zu zwingen.

Es liegt daran, daß die Führung des Kampfes in den Händen von Verrätern, von Agenten der Kapitalinteressen lag — in den Händen der arbeiterfeindlichen IGM-Führung. Die Herren Loderer, Janßen, Herb und Co. haben den Kampf der Stahlarbeiter von Anfang an mit der spalterischen Schwerpunkttaktik unterlaufen. Als der Streik die Kapitalisten trotzdem in ernste Schwierigkeiten brachte, haben sie durch ihren Schandabschluß den Verrat perfekt gemacht.

In der Urabstimmung kam eine knappe Mehrheit für die Annahme des faulen Kompromisses zustande. Mit 49 Prozent stimmte jedoch nicht einmal ganz die Hälfte der Abstimmungsberechtigten für die Annahme. 41 Prozent der organisierten Stahlwerker stimmten gegen den Tarifabschluß. Die Wahlbeteiligung war mit 91 Prozent außergewöhnlich hoch. In absoluten Zahlen sieht das Ergebnis so aus: 76.271 Gewerkschaftsmitglieder stimmten mit Ja, 63.000 mit Nein.

Dieses Ergebnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der Stahlwerker sich von der IGM-Führung verraten und verkauft fühlt. Viele Kollegen stimmten nur deshalb mit Ja, weil sie unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr an einen Erfolg des Streiks glaubten. Dies wird auch durch die betrieblichen Einzelergebnisse der Urabstimmung deutlich: in allen Betrieben, in denen von Anfang an gestreikt wurde, stimmte die Mehrheit der Kollegen gegen den faulen Kompromiß.

Großartiger Erfolg

In der vergangenen Woche wurde die Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der Partei abgeschlossen. Als Planziel hatte das Zentralkomitee 100.000 DM gesteckt. Zusammengekommen sind nun

230.323,98 Mark

Und das in nur vier Monaten!

An diesem großartigen Ergebnis zeigt sich die Begeisterung aller Freunde und Genossen für den Kampf der Partei, ihre Bereitschaft, Opfer für die Erreichung unseres großen Ziels zu bringen: für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Reforger '79: Lebensgefahr!



Die Schäden aus dem letzten Manöver sind noch nicht behoben, da läuft nun schon vom 10. Januar bis 12. Februar in Hessen und Nordbayern das NATO-Wintermanöver Reforger '79. 65.000 Soldaten der US-Armee und der Bundeswehr nehmen daran teil. Etwa 7.000 Fahrzeuge — darunter 2.000 Panzer — machen die vereisten und verschneiten Straßen noch unsicherer. Für die Zivilbevölkerung bedeutet dieses Manöver wieder: Lebensgefahr!

Die mittelfränkische Stadt Bad Windsheim will sich gegen das Manöver verbarrikadieren. Die Errichtung von Baustellen an allen Zugangsstraßen, zeitlich vorgezogene Kanalbaumaßnahmen und der Abbruch eines baufälligen Turms soll den Panzern den Weg in die Stadt versperren. Viel Erfolg!

CSU für Verjährung

Gegen die Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord und damit für die Verjährung auch der Nazi-Verbrechen haben am vergangenen Freitag auf einer Klausurtagung im oberbayrischen Wildbad Kreuth 50 von 51 anwesenden CSU-Bundestagsabgeordneten gestimmt. Allem Anschein nach wird das bundesdeutsche Parlament den Nazi-Massenmördern den Freibrief ausstellen. (Kommentar siehe Seite 2).

Preiserhöhungen bei VW

Die staatlichen Preistreiber sind wieder am Werk! Der größtenteils in Staatsbesitz befindliche VW-Konzern hat angekündigt, für fast alle VW-Modelle in diesem Jahr die Inlandspreise um 3, die US-amerikanischen Preise um 5 Prozent zu erhöhen. Als Gründe werden „höhere gesetzliche Sicherheitsauflagen" und die Mehrwertsteuer genannt, die im Juli um ein Prozent steigt. Der Konzern verfügt aufgrund seiner glänzenden Gewinnlage derzeit über mindestens 6 Milliarden Mark flüssiger Beträge. Erst im Mai 1978 hatte er Preiserhöhungen von 3,5 Prozent vorgenommen.

Schadensersatzklage gegen Grohnde-Demonstranten

Die Bezirksregierung Hannover hat für das Land Niedersachsen vor dem Hannoverschen Landgericht gegen 18 Teilnehmer der Demonstration gegen den Kernkraftwerksbau in Grohnde Klage erhoben. Die 18 Demonstranten sollen demnach 234.000 Mark Schadensersatz für die Demonstrationen am 19. März 1977 bezahlen. Die Klage wird damit begründet, daß die 18 KKWGegner sich an der Besetzung des Baugeländes und der anschließenden Auseinandersetzung mit der Polizei beteiligt und damit die entstandenen Schäden mitverursacht hätten. Auf jeden einzelnen käme also eine Summe von rund 13.000 Mark.

Dieses Manöver der niedersächsischen Landesregierung ist ein weiterer Angriff auf das angeblich verbriefte Demonstrationsrecht in diesem Staat. Wenn das niedersächsische Beispiel Schule macht, können Menschen materiell ruiniert und mit der Zerrüttung ihrer Existenzgrundlage bestraft werden, wenn sie in Wahrnehmung ihrer berechtigten Lebensinteressen auf die Straße gehen!

Stadt Rüsselsheim verbietet antifaschistische Demonstration

Korrespondenz. Am 28. 12. 1978 gab ein türkischer Faschist der Grauen Wölfe in Rüsselsheim sieben Schüsse auf Flugblattverteiler ab. Dies war der bisherige Höhepunkt einer Reihe von bewaffneten Überfällen türkischer Faschisten auf linke und revolutionäre Arbeiter. Für den 13. 1. 1979 rief die RGO zu einer antifaschistischen Demonstration in der Rüsselsheimer Innenstadt auf.

Zwei Tage vor dem 13. aber wurde die Demonstration vom Magistrat verboten. Die „Aufrechterhaltung der Sicherheit" könne nicht garantiert werden, hieß es. Eine von der RGO beim Darmstädter Gericht beantragte einstweilige Verfügung wurde mit der gleichen Begründung abgelehnt. Dies ist ein neues Beispiel für die Unterstützung ausländischer Faschisten durch westdeutsche Behörden!

Die RGO führte nun am Samstag, den 13., eine breite Sandwichaktion durch. Sie wurde dabei von türkischen Kollegen aus dem Umkreis der Zeitung „Halkin Kurtulusu" massiv unterstützt. Trotz eines großen Aufgebots von Spitzeln und Zivilpolizisten in der Innenstadt wurde die Aktion ein guter Erfolg. Sie fand Resonanz in der Bevölkerung.



RGO-Kollegen fordern: Weg mit dem Demonstrationsverbot!

Kommentar

Am vergangenen Freitag haben sich die Bundestagsabgeordneten der CSU zu ihrer alljährlichen Klausurtagung im oberbayrischen Wildbad Kreuth zusammengetan. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Verjährung der Nazi-Verbrechen. Noch in diesem Jahr muß ja der Bundestag darüber entscheiden, ob zum Jahresende diese Verbrechen verjähren, die Mörder also vom 1. 1. 1980 an nicht mehr verfolgt werden, oder ob die Verjährungsfrist aufgehoben bzw. verlängert werden soll.

Bonner Parteien für Verjährung von Nazi-Verbrechen

Die Abgeordneten der Strauß-Partei sprachen sich jetzt eindeutig für die Verjährung aus. Bedenken dagegen hatte nur ein einziger von ihnen. Damit zeichnet sich ab, daß bei der kommenden Abstimmung im Bundestag eine Mehrheit für die Verjährung zustandekommen wird. Denn bereits im Herbst letzten Jahres hatte der CDU-Vorsitzende angekündigt, seine Partei werde ebenfalls für die Verjährung stimmen. Und auch FDP-Chef Genscher und sein Fraktionsvorsitzender Mischnick haben sich bereits in diesem Sinne geäußert und sich auf die Verjährung festgelegt.

Und wie sieht es bei der SPD aus? Von dieser Partei ist ja immerhin anzunehmen, daß ein Teil ihrer Mitgliedschaft antifaschistisch eingestellt ist und einen Freibrief für die Nazi-Mörder ebenso wie breite Teile unseres Volkes als Provokation empfinden wird. Es fehlt auch nicht an Stimmen von SPD-Politikern, die der Stimmung gegen die Verjährung Rechnung tragen und es „unerträglich" nennen, daß im nächsten Jahr die Massenmörder des Nazi-Regimes sich dreist ihrer Verbrechen rühmen könnten, ohne dafür jemals belangt zu werden.

Sicher, ein solcher Gedanke ist „unerträglich". Nur, was tun denn die SPD-Führer dazu, daß er nicht Wirklichkeit werden kann? Nichts unternehmen sie. Im Gegenteil, sie haben mit einem besonderen Trick einer Verjährung von Nazi-Verbrechen noch den Weg gebahnt. Bei der Abstimmung im Bundestag über diese Frage werden nämlich nicht die Fraktionen geschlossen für oder gegen die Verjährung stimmen. Mit der ausdrücklichen Billigung der SPD soll in dieser Frage jeder einzelne Abgeordnete des Bundestages „nach seinem eigenen Gewissen" sein Ja oder Nein abgeben.

Die SPD-Führer geben also den Bundestagsabgeordneten ihrer Partei die „Gewissensfreiheit"! Das sieht auf den ersten Blick natürlich sehr demokratisch aus. Aber wie war es denn im vergangenen Jahr, als im Bundestag die Terrorgesetze durchgepeitscht wurden? Da war von einer solchen Freiheit nicht die Rede. Da herrschte der absolute Fraktionszwang. Und man hat es ja noch gut in Erinnerung, wie Fraktionschef Wehner die „Abweichler" in seiner Partei, die es wagten, gegen diese Gesetze zu stimmen, persönlich fertigmachte.

Warum gerade jetzt die „Gewissensfreiheit" bei der Abstimmung? Damit verzichtet die SPD-Führung bewußt darauf, in dieser entscheidenden Frage den Block der Stimmen ihrer Abgeordneten gegen die Verjährung einzubringen. Damit verzichtet sie weiter darauf, auch ihren Koalitionspartner, die FDP, in diesem Sinne zu beeinflussen. „Gewissensfreiheit" bedeutet hier nur die Freiheit für jeden Abgeordneten der SPD, **für** die Verjährung zu stimmen. Und weder die Parteibasis noch die Wähler seines Wahlkreises könnten ihn dafür zur Verantwortung ziehen.

Denn zu dieser „Gewissensfreiheit" gehört ja auch die Tatsache, daß die Stimmabgabe in aller Heimlichkeit erfolgt. Niemand wird also wissen, wer denn nun für und wer gegen die Verjährung gestimmt hat. Das beste Beispiel dafür ist der Kanzler selbst. Er gab auf seiner Pressekonferenz in der letzten Woche kund, daß er sich nun in der Verjährungsfrage auch entschieden hätte. Aber **wie** er sich entschieden hat — darüber schwieg er sich aus. (Wobei es für jeden, der sich Schmidts wiederholte Tiraden darüber, daß endlich Schluß gemacht werden müsse mit der „Vergangenheitsbewältigung", klar sein dürfte, daß sich der SPD-Chef genauso entschieden hat wie es jene 50 CSU-Abgeordneten in aller Öffentlichkeit getan haben.)

Der Trick mit der „Gewissensfreiheit" erlaubt es den SPD-Führern also, der Verjährung von Nazi-Verbrechen den Weg zu bahnen, ohne daß sie sich öffentlich für die Verjährung erklären müssen. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Antifaschisten in ihrem Kampf für die Bestrafung der Massenmörder des Nazi-Regimes vom Bonner Parlament und seinen Parteien nichts zu erwarten haben.

Aus dem Inhalt

DKP-Führer in der Zwickmühle ... 4
Warum stimmen wir in der Urabstimmung mit Nein? .. 4
Einzelne Ergebnisse der Urabstimmung ... 4
Kein Anlaß zur Resignation . 4
Was zeigt die Urabstimmung? ... 5
Urlaub und Reisen in Albanien ... 6
Russell-Tribunal: Eine Zensur findet doch statt ... 7
Iran: Der Schah am Ende ... 10
Kambodscha-Frage vor der UNO ... 10
Streik der britischen Lastwagenfahrer ... 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Keine Bonner Waffen für China?

„Die Bundesrepublik Deutschland wird der Volksrepublik China keine Waffen liefern." Das erklärte Bundeskanzler Schmidt auf seiner ersten Pressekonferenz in diesem Jahr am vergangenen Freitag. Diese Erklärung war zugleich die öffentliche Antwort der Bundesregierung auf einen Drohbrief Breschnews, den Schmidt schon im November erhalten hatte.

In diesem Brief — ähnliche Schreiben waren auch an die Regierungschefs in Italien, Britannien und Frankreich gegangen — hatte Breschnew massiv vor Waffenlieferungen an China gewarnt und für den Fall, daß seine Warnungen ausgeschlagen würden, eine Verschlechterung der Beziehungen angedroht. Als einziger der angesprochenen Regierungschefs hat Schmidt jetzt eine solche Erklärung abgegeben. Der britische Premier Callaghan dagegen hatte noch am vorletzten Wochenende bestätigt, daß seine Regierung Peking mit Senkrechtstartern vom Typ „Harrier" ausrüsten wird. In Frankreich haben die chinesischen Revisionisten Raketen vom Typ „Milan" schon bestellt. Aus Italien möchten sie Kriegsschiffe, Hubschrauber und andere Waffen beziehen.

Und die Deutsche Bundesrepublik wird nicht unter den Lieferländern auftauchen? Sie wird. Denn Schmidts spektakuläre Erklärung vom Freitag ist wie so oft beim Bonner Waffenhandel wieder einmal ein Versuch, die wirklichen Tatsachen zu verschleiern. Denn nehmen wir einmal die „Milan"-Raketen, die wahrscheinlich schon bald von den chinesischen Streitkräften eingesetzt werden können. Sie werden in Zusammenarbeit zwischen westdeutschen und französischen Waffenschmieden hergestellt. Wenn auch Frankreich nach außen hin für den Export als Lieferland auftritt, sind diese Raketen doch genausogut westdeutsche wie französische Waffen.

Zum anderen liegen den Waffenlieferungen an China auch nicht irgendwelche einsamen Entscheidungen der britischen oder französischen Regierung zugrunde. Die Bewaffnung der chinesischen Streitkräfte mit NATO-Waffen beruht auf der aggressiven Strategie des westlichen Kriegsblocks selbst. Sie ist ausdrücklich von der politischen und militärischen Führung der NATO gebilligt worden. Und bekanntlich ist der Bonner Imperialismus neben der amerikanischen Supermacht die stärkste Macht in der NATO. Davon aber, daß Schmidt den Einfluß Bonns geltend gemacht hätte, um die Bewaffnung Chinas durch die NATO zu verhindern, ist nichts bekannt. Im Gegenteil, der Kanzler zog sich auf die vornehme Formulierung zurück, er wolle andere wegen ihrer Pekinger Waffengeschäfte nicht kritisieren.

So treibt Bonn ein übles Doppelspiel. Einerseits wird kräftig mitgezimmert an der konterrevolutionären Allianz zwischen der NATO und den Pekinger Revisionisten. Andererseits versuchen die Herren in Bonn durch solche Gesten wie die öffentliche Antwort Schmidts auf Breschnews Drohbrief ihre besonderen Beziehungen zur östlichen Supermacht nicht zu gefährden und als stärkste Macht der EG auch bevorzugter „Partner" Moskaus zu bleiben. Ein Doppelspiel, das allerdings nicht dem „Weltfrieden" dient, den Schmidt letzten Freitag wieder beschworen hat, sondern ausschließlich dem Ausbau der Machtpositionen des westdeutschen Imperialismus.



Der Weg zur lückenlosen Überwachung

Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten

In der letzten Woche legte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Bull, seinen ersten Jahresbericht vor. Dieser Bericht ist eine Rechtfertigung der fortschreitenden computermäßigen Erfassung der gesamten Bevölkerung, ein Bekenntnis zum bundesrepublikanischen Überwachungsstaat. Auch einige scheinbar kritische Töne, auch einige demagogischen Forderungen nach verbessertem Schutz des Bürgers können darüber nicht hinwegtäuschen.

Insgesamt stellte Bull fest, daß sich das Bundesdatengesetz in seinen Grundzügen bewährt habe. Daten wären, soweit er festgestellt hätte, nicht rechtswidrig gespeichert worden. Ja, er bescheinigte sogar den Überwachern ein „wachsendes Bewußtsein für die Notwendigkeit des Datenschutzes". —

Was Bull mit seinem Jahresbericht zu rechtfertigen suchte, ist das perfekteste staatliche Überwachungssystem, das es — nach einem Ausspruch des ehemaligen Innenministers Maihofer — in der Welt überhaupt gibt. Im Wiesbadener Bundeskriminalamt und in acht der elf Landeskriminalämter sind derzeit 18 Großrechenanlagen mit 1.248 Datenendstationen in Polizeiwachen, in Streifenwagen, auf Flughäfen und an Grenzübergängen installiert. Auf dieses Informationssystem der Polizei (INPOL) können auch der Bundesgrenzschutz, die Bahnpolizei, der Zoll, der Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zurückgreifen. Ein Teilsystem von INPOL, der Zentrale Personen-Index, beantwortet auf Anfragen innerhalb von ein bis drei Sekunden, welche Angaben über wen wo zu finden sind. Beim Bundeskriminalamt sind offiziell die Daten von einer Million Personen registriert, dazu kommen die bei den Landeskriminalämtern computerisierten Personen: so in Schleswig-Holstein 700.000, in Hamburg offiziell 370.000, inoffiziell 500.000 bis 600.000, in Hessen eine Million.

Nach offiziellen Angaben speichert allein das Bundeskriminalamt zwei Millionen Fingerabdrücke. Innerhalb von zwei Minuten kann daraus per Computer jeder gewünschte Fingerabdruck herausgesucht werden. Die Erkennung durch Fingerabdrücke reicht den Fahndern aber noch nicht aus. Gegenwärtig laufen Versuche zur Handschriftenanalyse und zur Stimmabdruckerkennung.

Mit dem INPOL-System sind jedoch die Überwachungsmöglichkeiten noch lange nicht erschöpft. Kombiniert mit anderen Datenbanken und -karteien erweitert sich sein Wirkungsbereich beträchtlich; praktisch sind heute schon die Daten eines jeden Bundesbürgers für die Fahnder greifbar. Bereits heute kann sich die Polizei der Informationen aus Führerscheindateien, Kfz-Zulassungen, Strafregistern, Ausländerzentralregistern, Meldedateien und vielen anderen Quellen bedienen. In manchen Bundesländern, wo das Einwohnermeldewesen schon vollautomatisiert ist, bestehen Direktanschlüsse ausgewählter Polizeidienststellen. Weiter laufen Bestrebungen, die Dateien der Finanzämter und der Justiz sowie das Sozialdatenbanksystem direkt an das Überwachungsnetz INPOL anzuschließen. Dies würde faktisch die Daten aller Bundesbürger dem direkten Zugriff jeder polizeilichen Datenstation erschließen.

Zu den behördlichen Datenspeichern kommen noch die in der Hand von Unternehmen, Versicherungen, Banken etc. befindlichen Kartei- und Datensysteme dazu. So besitzt zum Beispiel die Schufa — eine Schutzgemeinschaft für Kreditsicherung — finanzielle Informationen über 22 Millionen Westdeutsche, praktisch über jeden Haushalt in der Bundesrepublik. Unbekannt ist, in welchem Umfang Polizei und Staatsschützer von diesem im Geschäftsbereich angesiedelten Datenspeicher, in welchem Umfang aber auch Geschäftemacher von den behördlichen Datenbanken profitieren. Der Austausch dürfte lebhaft sein.

Waffenschieber demnächst Bundespräsident?

Kein Ermittlungsverfahren gegen Carstens

Gegen den Bundestagspräsidenten Carstens wird nun doch kein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage eingeleitet. Der CDU-Mann hatte vor einem Untersuchungsausschuß des Bundestags 1974 behauptet, ihm sei von einer Beteiligung an internationalen Waffengeschäften des Bundesnachrichtendienstes (BND) nichts bekannt.

Gegen Carstens Aussage stehen die Tatsachen. Carstens war von Januar 1968 bis Oktober 1969 als Chef des Kanzleramtes der politische Leiter des BND gewesen. Auch in dieser Zeit tätigte der BND geheime und illegale Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und an faschistische und rassistische Regime. Über die Hamburger Firma Dobbertin versorgte er während des Biafra-Krieges (1967 bis 1970) in Nigeria beide Seiten mit Gewehren und Munition. Er lieferte Waffen an die Rassistenregime in Rhodesien und Südafrika sowie an Griechenland, wo seit 1967 eine faschistische Militärdiktatur installiert war. Während des Ussuri-Konflikts, auf der Höhe der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China (1969) vermittelte der BND eine Uranprobe an China.

„Tut mir leid, Dobbertin Hamburg sagt mir nichts", erklärte Carstens 1974 vor dem Untersuchungsausschuß. Inzwischen ist jedoch aktenkundig, daß der Kanzleramtschef Carstens auf Vorschlag des BND-Generals Wessel den Agenten Hauschild als stellvertretenden Geschäftsführer in die Hamburger Waffenexportfirma abkommandieren ließ.

Die Waffengeschäfte des BND wurden Mitte Dezember 1978 bekannt, als der „Spiegel" ein geheimes Papier des BND-Generals Wessel aus dem Jahre 1973 veröffentlichte. Das Papier erhärtete in der Öffentlichkeit den Verdacht der Falschaussage gegen Carstens. Die „Welt" schrieb: „Aus den jetzt im Kanzleramt liegenden Unterlagen geht hervor, daß Carstens sehr wohl über Waffenexporte informiert war und auch damit in Zusammenhang stehende Beschuldigungen gegen den BND kannte."

Wie ein Wunder mußte es nun wirken, als die Anklagevertretung am letzten Donnerstag erklärte, daß ihre Untersuchungen keine zureichenden und tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Falschaussage von Carstens ergeben hätten. Aber — Wunder gibt es immer wieder, besonders wenn es darum geht, die Verbrechen und Lügen der Honoratioren dieses Staates zu decken!

Für Carstens fällt mit dem Vorwurf der Lüge und Deckung illegaler Waffengeschäfte der letzte Hinderungsgrund für seine Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten. Andere Bedenken, seine Mitgliedschaft in der SA und NSDAP betreffend, hatte er schon Tage zuvor mit einer Erklärung zur Seite geschoben.

Einen Staat, in dem der frühere KZ-Baumeister Lübke und das ehemalige NSDAP-Mitglied Scheel Bundespräsidenten geworden sind, kann auch ein Karl Carstens würdig repräsentieren!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Im Frühjahr 1978 demonstrierten streikende Metaller in Nordwürttemberg-Nordbaden ihre Kampfentschlossenheit

Den Bonzen Dampf gemacht!

Zur Tarifbewegung '79

Die Stahltarifrunde hat ein deutliches Signal gesetzt! Zwar ist es den Bonzen um Loderer und Herb gelungen, die Durchsetzung der Forderungen der Kollegen zu verhindern, aber einiges ist ihnen ganz schön quer gelaufen.

Die Dauer des Streiks über volle sechs Wochen war ganz bestimmt nicht vorprogrammiert, und daß ihnen solch breite Opposition und Empörung entgegenschlagen würde, daß offene Widersprüche im Apparat auftreten, hätten sie Anfang Dezember auch noch nicht gedacht.

So haben die verschiedenen Gewerkschaftsführer für die anstehenden Tarifrunden alles getan, um möglichst viel Zündstoff, vor allem die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, aus den Verhandlungen rauszuhalten. Bei VW gingen schon im letzten Herbst die Manteltarifverhandlungen über die Bühne, ohne daß die IGM-Unterhändler auch nur ein Stichwort in Richtung auf Arbeitszeitverkürzung gebracht hätten, worauf allein im Wolfsburger Werk an die 1.000 Kollegen ihre Mitgliedsbücher hinwarfen.

ÖTV-Chef Kluncker, der beim Stahlstreik sein Maul nicht weit genug aufreißen konnte, lehnt einen „Mehrfrontenkrieg" ausdrücklich ab. Wo kämen wir auch noch hin, wenn alle DGB-Gewerkschaften plötzlich an einem Strang zögen? Für ihn steht die 35-Stunden-Woche frühestens 1981 zur Debatte.

Obwohl die Forderung nach Lohnerhöhung in Mark und Pfennig und nicht in Prozenten unter den ÖTV-Mitgliedern immer breiter diskutiert wird, hat auch diesmal die Führung eine Prozentfordefung aufgetischt. Kluncker verbreitet eifrig die Ansicht, daß diese Tarifrunde keine Dramatik bringen wird. Er hat schon längst die weiße Fahne in der Hand, bevor der Kampf überhaupt losgegangen ist.

Auch die IGM-Führung denkt in den kommenden **Metalltarifverhandlungen** nicht daran, die 35-Stunden-Woche zu fordern.

Im **Druck- und Papierbereich** jedoch steht die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Schon oft haben die Kollegen aus dieser Branche an der Spitze des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierungsterror gestanden.

Hier wird es vor allem darum gehen, gegen die berüchtigte Taktik der Schwerpunktstreiks vorzugehen. Mit dieser Taktik ist es den Bonzen beim letzten Streik gelungen, die Durchsetzung der Forderungen der Kollegen zu hintertreiben. Ende März werden die Verhandlungen beginnen.

Eines aber ist sicher: Die **spontane Opposition** gegen die Gewerkschaftsführung und ihre Politik wächst spürbar an. Unsere Partei wird alles in ihren Kräften stehende tun, daß diese Bewegung zu einer **organisierten Opposition** innerhalb der Gewerkschaften wird, damit die Verrätereien der DGB-Bonzen durchkreuzt und die Forderung der Kollegen durchgesetzt werden.

Die Tarifbewegung 1979 wird uns noch manchen Grund bescheren, die verräterischen DGB-Bonzen zum Teufel zu wünschen, aber gleichzeitig wird sie den weiteren Aufbau der RGO ganz entschieden beschleunigen.

Streikende Druckereiarbeiter lesen Flugblätter der Partei.

660 Millionen für Werftkapitalisten

Bonn finanziert Arbeitsplatzvernichtung

Im „Roten Morgen" Nr. 48 vom letzten Jahr berichteten wir unter der Überschrift „An der Küste stehen die Zeichen auf Sturm" von der verschärften Krise im Schiffbau. Mittlerweile sind an die 40.000 Arbeitsplätze gefährdet, bezieht man die weitverzweigte Zulieferungsindustrie mit ein.

Wir berichteten weiter, daß die Arbeiter und Angestellten die massenhafte Vernichtung ihrer Arbeitsplätze nicht hinnehmen werden.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres haben sich die Regierungen der vier Küstenländer und des Bundes lautstark in die Diskussion eingeschaltet. Nachdem Schiffbauunternehmer 1,3 Mrd. Steuergelder zur Sanierung ihrer Finanzen reklamiert hatten, beschloß die Bundesregierung nach Absprache mit Hamburg, Bremen, Kiel und Hannover, ein Soforthilfeprogramm mit einer Laufzeit von drei Jahren. Rückwirkend vom 1. 12. 1978 erhalten die Werften 10 Prozent des Vertragspreises für neue Aufträge technisch höherwertiger Schiffe, 1981 7,5 Prozent des Vertragspreises. Dabei legt Bonn einen Jahresumsatz von 3 Mrd. Mark zugrunde, 80 Prozent davon, also 2,4 Mrd. Mark, wird für technisch höherwertige Schiffe umgesetzt. Somit hat das Soforthilfeprogramm das stolze Volumen von 660 Mio. Mark. Zinsvergünstigungen und andere Erleichterungen laufen selbstverständlich weiter. Bis 1988 müssen die Werften zurückgezahlt haben, soweit sie nicht in anrechnungsfähigem Umfang Investitionen tätigen. Das bedeutet, daß in Wirklichkeit die Rückzahlungspflicht überhaupt nicht existiert!

Wahrhaft großzügig, wie mit unseren Steuergeldern umgegangen wird. Ausdrücklich erhalten die Unternehmer das Geld zur freien Verfügung. Allem Geschwätz von Arbeitssicherung durch Steuergelder zum Trotz, wird durch weiteren intensiveren Rationalisierungsterror die Gefahr der Massenentlassungen nicht etwa behoben, sondern drastisch verschärft.

Das zeigt deutlich die Geschichte der Schiffbauindustrie, die seit 1956 die Beschäftigungszahlen halbiert hat; das zeigt genauso die Geschichte des Bergbaus, wo ebenfalls unzählige Kollegen „freigesetzt" wurden, während die Schlotbarone an Subventionen schier ersticken. Im Kapitalismus ist das ein wahrer Teufelskreis.

Die Unternehmer pressen aus uns Arbeitern die Profite heraus und finden uns mit einem spärlichen Lohn ab. Der Staat raubt uns einen Teil des Lohns in Form von Steuern, von denen ein Teil wieder zurück zum Unternehmer fließt, der damit die Ausbeutung verschärft, neue Maschinen anschafft, die Arbeitshetze erhöht, Arbeitsplätze einspart, den Lohn drückt usw.



HDW-Arbeiter im Kampf um ihre Arbeitsplätze

Deshalb erstreckt sich heute die Konkurrenz unter den Kapitalisten nicht nur auf Absatzmärkte, Rohstoffquellen, sondern jeder möchte auch einen großen Batzen vom großen Kuchen der Subventionen abbekommen, um auch mit diesen Mitteln seinen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen.

So waren sich die Regierungen der zuständigen Länder und des Bundes zwar in der Sache einig, liegen aber in heftiger Rivalität miteinander, wer welchen Anteil aufzubringen hat, welche Region das meiste bekommt; insgesamt schauen sie alle argwöhnisch auf den süddeutschen Raum, der in den letzten fünf Jahren 39 Prozent aller Bundesmittel erhielt, während der Küstenregion nur 11,7 Prozent zugesprochen wurden.

Aber auch diese „Subventionskonkurrenz" ist längst zugunsten der großen Monopole entschieden, in deren Finanzplänen die staatlichen Steuergelder schon lange eine selbstverständliche Größe geworden sind. Und das ganze 660-Millionen-Programm trägt deutlich die Handschrift der großen Monopole, denn Hilfe sollen nur die Werften erhalten, die im weltweiten Wettbewerb Aufträge hereinholen. Also wird durch die staatliche Subventionierung, die angeblich der Sicherung von Arbeitsplätzen dienen soll, die Konzentration des Kapitals vorangetrieben, was die Schließung nicht mehr konkurrenzfähiger Betriebe nach sich zieht.

Man spricht bereits von Stillegungen bei AG Weser, Kurzarbeit bei der Büsumer Werft, und auf längere Sicht ist eine Fusion von HDW und Blohm & Voss geplant, was unmittelbar 4.000 Arbeitsplätze gefährdet und weitere Unternehmen in den Ruin treibt.

Wie man es auch dreht und wendet, die staatlichen Subventionen erreichen genau das Gegenteil von dem, was behauptet wird, sie sichern keine Arbeitsplätze, sondern die Profite der Unternehmer und beschleunigen damit die Arbeitsplatzvernichtung.

Schon am 31. 3. berät das Bundeskabinett erneut, wie es auf seine Weise seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise an den deutschen Küsten leisten kann. Wenn wir auch heute noch nicht wissen, welchen genauen Betrag sie locker machen und was sie sonst noch alles ausbrüten, eines steht fest: **Bonn wird niemals dafür eintreten, daß die Reichen die Krise bezahlen.**

Tarifnachrichten

Metall. Für die drei Tarifbezirke Baden-Württembergs (870.000 Beschäftigte) fordert die IGM: 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, stufenweise Verlängerung des Urlaubs auf 6 Wochen und die Abschaffung der Lohngruppen eins und zwei. Im Landesdurchschnitt werden etwa 5 Prozent der Kollegen nach diesen Lohngruppen bezahlt, in der Uhren- und Elektroindustrie der Schwarzwaldregion bis zu 74 Prozent. Für den Tarifbezirk Nordwürttember-Nordbaden (550.000 Beschäftigte) legten die Unternehmer am 10. 1. ein Angebot von 3 Prozent mehr Lohn und Gehalt auf den Tisch und stellten, genauso wie in Hessen, die provokatorische Bedingung, nur dann über Urlaubsverlängerung zu verhandeln, wenn die 40-Stunden-Woche „längerfristig" festgeschrieben wird. Die Verhandlungen wurden auf den 17. 1. vertagt. Für den Tarifbezirk Saarland fordert die IGM 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt und die stufenweise Einführung von 6 Wochen Urlaub. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 22. 1. statt.

\+ + +

Öffentlicher Dienst. Zum wiederholten Male widersetzte sich der Vorstand der ÖTV der breiten Forderung der Kollegen nach einer Festgeldforderung in Mark und Pfennig, und empfahl 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde auf frühestens 1981 vertagt. Kluncker erwartet „eine Tarifrunde ohne Dramatik".

\+ + +

Volkswagenwerke. Der Haustarifvertrag bei VW läuft am 31. 1. aus. Bei der IGM-Führung sind 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt im Gespräch.

\+ + +

Druck- und papierverarbeitende Industrie. Für den zum 31. 12. 78 gekündigten Manteltarifvertrag ist in Kreisen der DruPa-Führung von der Forderung nach 35-Stunden-Woche die Rede. Für die Lohntarifverhandlungen sind 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt im Gespräch. Das nächste Spitzengespräch findet am 31. 1. statt.

Arbeiterkorrespondenz

Skandal bei HDW

Betriebsratsmehrheit für Betriebsschließung

Daß die Unternehmer massiv die Arbeitsplatzvernichtung betreiben, wird längst der Letzte begriffen haben. Daß sich IGM-Betriebsräte mitunter etwas schwer tun, dagegen anzugehen, ist auch allgemein bekannt. Daß sie sich aber dazu hergeben, selber so etwas in aller Offenheit zu fordern, ist schon ein ganz schöner Hammer!

So geschehen bei HDW in Hamburg, wo der Betriebsrat mit 25 gegen 3 Stimmen und einer Enthaltung die Schließung vom Werk Reiherstieg forderte und sich u.a. für die Steigerung der Produktivität durch neue Akkordantreibersysteme (er nennt es vornehm: Einführung eines neuen Entlohnungsgrundsatzes zur Steigerung der Produktivität) stark machte.

„Das sind ja Verbrecher", „die müßten aus der IGM ausgeschlossen werden", war die spontane Reaktion der Kollegen, als ihnen diese Schweinerei zu Ohren kam. Aber zum Glück gibt es die RGO bei HDW. Bei der letzten Betriebsratswahl waren drei Kollegen der „Kollegengruppe HDW" in den Betriebsrat gekommen. Klar, daß die nicht nur dagegen stimmten, sondern auch zahlreiche Anträge zur Erhaltung der Arbeitsplätze einbrachten, die aber bislang noch alle abgeschmettert wurden. Zusätzlich brachte die „Kollegengruppe HDW" ein Flugblatt heraus, um die Kollegen gegen diesen gemeinen Dolchstoß zu mobilisieren.

Auf die IGM-Betriebsräte gemünzt, die in diesem Fall in einer Front mit DAG und CMV standen, schrieben sie: **„Solche Leute gehören allerdings nicht in die Gewerkschaft, eher in den Unternehmerverband.**
Protestiert gegen diesen Verrat! Zieht eure Bereichsbetriebsräte zur Rechenschaft!
Noch ist der Betriebsrat aufzuhalten — aber nur durch massiven Druck!"





Kein Anlaß zur Resignation

Bilanz des Kampfes der Stahlarbeiter

Die Stahlwerker an Rhein, Ruhr und Weser sind als erste gegen die Arbeitsplatzkiller in die Offensive gegangen. Machtvoll und entschlossen nahmen sie den Kampf auf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Sie haben nicht gesiegt. Zwar enthält der Tarifabschluß bestimmte Zugeständnisse der Kapitalisten, die ohne den Streik nicht hätten erreicht werden können. Ein wirklicher Einstieg in die 35-Stunden-Woche jedoch wurde nicht durchgesetzt. Nach wie vor steht im Manteltarifvertrag der Satz: „Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 40 Stunden nicht überschreiten."

Trotzdem besteht kein Anlaß zum Jammern oder zur Resignation. Auch wenn das Ziel, die Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, nicht erreicht wurde, hat dieser Arbeitskampf zweifellos die Lage der Stahlarbeiter, ihre Kampfpositionen verbessert. Entscheidend ist zunächst einmal, daß die Kollegen überhaupt gekämpft haben. Und wie sie zu kämpfen verstanden! Das hat nicht nur den Stahlkapitalisten, sondern auch den Gewerkschaftsbonzen schlaflose Nächte bereitet. Ein alte Weisheit besagt: Es ist besser, kämpfend zu unterliegen, als den Schwanz einzuziehen und kampflos zu kapitulieren. In diesem Fall trifft das voll zu.

Hat dieser Arbeitskampf das Selbstbewußtsein, die Solidarität und Einheit der Stahlwerker etwa geschwächt? Es liegt auf der Hand, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Die Kampfkraft, die Einheit, das Klassenbewußtsein der Stahlwerker sind in diesem Kampf gewachsen und stärker geworden. Das sieht man zum Beispiel daran, daß gerade jene Kollegen, die große Opfer bringen mußten, weil sie mehr als sechs Wochen im Streik standen bzw. ausgesperrt waren, am wenigsten bereit waren, die Flinte ins Korn zu werfen. Sie wollten den Kampf weiterführen — und das, obwohl die Streikbruchtaktik und die Spaltungstätigkeit der Gewerkschaftsbonzen sie am unmittelbarsten betroffen und geschädigt hat.

Der Kampf der Stahlwerker bedeutet für die gesamte Arbeiterklasse unseres Landes eine Stärkung. Die Stahlarbeiter haben allen Kollegen ein Vorbild gegeben. Dies wird in den kommenden Kämpfen nicht ohne Auswirkung bleiben. Auch die Lernprozesse, die die Stahlwerker in diesem Arbeitskampf durchmachten, bleiben nicht auf ihren Kreis beschränkt. Vor allem die Rolle der Gewerkschaftsführung, die Notwendigkeit einer konsequenten Opposition gegen ihre Abwiegelungspolitik und ihre Streiksabotage, die Notwendigkeit, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen, ist für alle klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter klarer geworden.

Und nicht zuletzt ist durch den Kampf der Stahlwerker die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als notwendiges und erreichbares Kampfziel im Bewußtsein breiter Massen der Arbeiter und kleinen Angestellten fest verankert worden. Viele haben jetzt erkannt: Es läßt sich in der Tat etwas bewegen gegen die Arbeitsplatzvernichtung, gegen das weitere Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit.

Nach dem neuen Manteltarifvertrag sind den Stahlwerkern in bezug auf Arbeitszeitverkürzung für fünf Jahre die Hände gebunden. Das ist das Ergebnis des Verrats der Loderer und Herb. Trotzdem aber hat der Arbeitskampf die Ausgangslage für den Kampf gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung in den Stahlbetrieben verbessert. Denn die Kampfbereitschaft, das Bewußtsein der eigenen Kraft sind gewachsen. Viele Kollegen wurden aktiviert. Das gewerkschaftliche Interesse und Engagement ist gesteigert worden. Was auch im Tarifvertrag stehen mag — den künftigen Angriffen der Unternehmer werden die Stahlkocher entschlossener, geschlossener und selbstbewußter entgegentreten.

Diese Fortschritte gilt es zu festigen und auszubauen. Die anstehenden Vertrauensleutewahlen müssen in diesem Sinne ausgenutzt werden. Es müssen solche Kollegen gewählt werden, die sich im Kampf konsequent eingesetzt und die aktiv Front gemacht haben gegen die Streiksabotage und den Verrat der IGM-Bonzen.

63.000 stimmten mit Nein

Einzelne Ergebnisse der Urabstimmung
(die Liste ist unvollständig)

	Ja (%)	Nein (%)
Betriebe, die von Anfang an im Streik standen:		
Mannesmann Duisburg-Huckingen	2860 (32)	5872 (67)
Thyssen-Gießerei Duisburg-Meiderich		
Arbeiter	18 (3)	644 (97)
Angestellte	8 (12)	58 (88)
Thyssen Duisburg-Hamborn	5270 (39)	7250 (61)
Mannesmann-Kammrich Stahlform/Duisburg	28 (6)	439 (94)
Mannesmann Brackwede Bielefeld	(38)	(62)
Hoesch-Westfalenhütte Dortmund		
Einzelergebnis ist uns nicht bekannt. Die Gesamtergebnisse von Hoesch/Dortmund	(46)	(54)
Streiklokal Dortmund-Asseln	51 (9)	488 (91)
Betriebe, die erst ab 3. Januar in den Streik einbezogen wurden:		
Klöckner Bremen	1709 (60)	1140 (40)
Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld	2642 (57)	1999 (43)
Betriebe, die weder ausgesperrt noch im Streik waren:		
Thyssen-Hüttenbetrieb Duisburg-Nord	377 (73)	143 (27)
Thyssen-Niederrhein Duisburg-Hochfeld	385 (33)	765 (67)
Fried.-Krupp-Hütte Duisburg-Rheinhausen	3937 (62)	2401 (38)

Die Leitung des IG-Metall-Vertrauensleutekörpers der Mannesmann AG Hüttenwerke hatte in einem Flugblatt dazu aufgerufen, bei der Urabstimmung mit Nein zu stimmen. Im folgenden der Text des Flugblattes:

Warum stimmen wir in der Urabstimmung mit „Nein"?

1. Der Abschluß beinhaltet keinen Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Eine Laufzeit von 5 Jahren bedeutet, daß wir erst 1984 — d. h. nach der Vernichtung von jedem vierten Arbeitsplatz — überhaupt erst für die Verkürzung unserer Arbeitszeit eintreten können. Die 40-Stunden-Woche bleibt ausdrücklich erhalten.

2. 4% Lohn und Gehält sind ein Abschluß mit Kaufkraftverlust. Denn 4 % sind umgerechnet aufs Jahr netto nur 1,9 %. Was sind 1,9 % bei allein einer Preissteigerung von durchschnittlich 3,5 %.
Der Abschluß beinhaltet somit nicht die Erfüllung unserer Forderung nach einem vollen Lohnausgleich.

3. Der Abschluß klammert in der Freischichtenregelung die Angestellten und die Handwerker so gut wie ganz aus. Gerade diejenigen Kollegen auf der Hütte, die von der Arbeitsplatzvernichtung am härtesten betroffen sein sollen, gehen leer aus.

Dafür haben wir nicht 6 Wochen in Regen und Schnee gestanden.

Unser NEIN in der Urabstimmung ist unser JA zur Fortführung des Kampfes gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze und gegen die Zerstörung unserer Arbeitskraft.

Unser NEIN in der Urabstimmung ist das JA für unseren Widerstand gegen alle Pläne des Unternehmers, unsere Existenz zu ruinieren. Unsere Streikfront steht bis zum heutigen Tag und wir werden auch in den folgenden Auseinandersetzungen stehen.

Unser NEIN in der Urabstimmung ist unser NEIN gegen alle Versuche des Stahlverbandes, uns und unsere Organisation seinem Diktat und seiner Willkür zu unterwerfen. Wir bücken uns nicht.

Unser NEIN in der Urabstimmung zeigt allen, die mit uns gekämpft haben, daß wir nicht vergessen, wofür wir gekämpft und was wir in diesem Kampf gelernt haben. Die Kollegen aus den anderen streikenden Betrieben in Duisburg wie die aus Bremen und Dortmund haben den Kampf mit uns gemeinsam getragen. Und wir stehen auch mit dem gemeinsamen NEIN in der Urabstimmung solidarisch für unsere Streikziele und für eine zukünftige Zusammenarbeit ein.

Unser NEIN in der Urabstimmung heißt: entweder die oder wir. Unsere Parole vom Beginn des Streiks bleibt gültig. Die Auseinandersetzungen um Lärmschutz, um vorbeugenden Gesundheitsschutz, um mehr Arbeitssicherheit, um die Abschaffung der unteren Lohngruppen, um den Erhalt aller Arbeitsplätze und unserer Löhne und Gehälter gehen weiter.

Der Kampf hört nicht auf.

DKP-Führer in der Zwickmühle

„Unser solidarisches Engagement für die Sache der Streikenden und Ausgesperrten hat die DKP erneut als die Partei der Arbeiterklasse ausgewiesen." So brüstet sich das Präsidium des Parteivorstands der DKP in einer Stellungnahme zum Ausgang des Stahlarbeiterstreiks. Nun — wenn das so einfach wäre!

Bekanntlich gibt es ja verschiedene politische Gruppen bzw. Parteien, die sich ebenfalls als Partei der Arbeiterklasse ausgeben, sich sogar „kommunistisch" nennen, und die ebenfalls von sich behaupten können, etwas für die Solidarität mit den Stahlarbeitern getan zu haben. Die Partei der Arbeiterklasse erweist sich jedoch nur dadurch, daß sie in allen Fragen kompromißlos den Standpunkt und die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, daß die DKP schon deshalb nie und nimmer die Partei der Arbeiterklasse sein kann, weil sie den Mauerstaat DDR, dieses Zuchthaus für die Arbeiter, als sozialistisch hochjubelt. Auch im Stahlarbeiterstreik zeigte sich, daß die DKP keineswegs kompromißlos den Standpunkt der Arbeiterklasse vertritt. Im Gegenteil!

Kompromißlos den Standpunkt der Arbeiterklasse zu vertreten hätte im Stahlarbeiterstreik nicht zuletzt bedeutet, den Verrat und die Streiksabotage der IGM-Führer konsequent zu entlarven. Es hätte bedeutet, klarzustellen: Die Herren Loderer, Janßen, Herb usw. wollen in Wahrheit verhindern, daß die Kapitalisten in die Knie gezwungen werden. Hat die DKP dies getan? Mitnichten! Sie hat lediglich „solidarische Kritik" am Verhalten dieser Streikbruchstrategen geübt. Auf gut deutsch: Die DKP versuchte zu vertuschen, daß die IGM-Führer Feinde der Arbeiter und Agenten der Kapitalisten sind.

Die DKP-Führer sind keineswegs daran interessiert, in der Arbeiterklasse Klarheit über die Rolle der DGB-Führung zu schaffen. Sie sind allerdings stark daran interessiert, diesen Komplizen und Handlangern der Konzernherren die Füße zu lecken, um sich bei ihnen anzubiedern. Allerdings brachte dieser erbärmliche Opportunismus die DKP auch in eine ziemliche Zwickmühle.

Als die Stahlarbeiter mit wachsender Empörung die Verrätereien der Herren Loderer und Herb erkannten, da hatten die DKP-Führer große Schwierigkeiten, sich als „die Arbeiterpartei" zu profilieren. Einerseits wollten sie sich bei den Kollegen gern als konsequente Vertreter der Arbeiterinteressen beliebt machen. Auf der anderen Seite jedoch mochten sie es nicht mit den Gewerkschaftsbonzen verderben. Dieser Zwiespalt zeigte sich besonders krass an der Haltung der DKP zur Urabstimmung über den Schandabschluß. Diese „Partei der Arbeiterklasse" konnte sich nicht einmal dazu durchringen, die Kollegen dazu aufzurufen, mit Nein zu stimmen!

Natürlich mußte sie sich auch davor hüten, für eine Stimmabgabe mit Ja zu plädieren. Damit wäre die DKP ja vor jedem klassenbewußten Kollegen als Handlanger der Gewerkschaftsführung dagestanden. So nahm man dann den berühmten „Einerseits-andererseits-Standpunkt" ein. Einerseits ist der Abschluß schlecht — andererseits ist er so schlecht auch wieder nicht . . .




Was zeigt die Urabstimmung?

Als Loderer und Herb vor den Fernsehkameras zum Ergebnis der Urabstimmung Stellung nahmen, war ihnen eine gewisse Erleichterung anzumerken. Gewiß, daß sie die geringe Zahl an Ja-Stimmen erreichen würden, die nach der undemokratischen 75-Prozent-Klausel erforderlich ist, war so gut wie sicher. Nicht sicher aber schien, ob überhaupt eine Mehrheit an Ja-Stimmen für den Schandabschluß zustandekommen würde.

Nun — sie haben es mit knapper Not geschafft. Trotzdem sehen sie mit diesem Ergebnis keineswegs gut aus: Nicht einmal die Hälfte der abstimmungsberechtigten Stahlwerker stimmten für den Abschluß. Und immerhin 63.000 Kollegen oder 40,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben mit Nein gestimmt. Und was besonders hervorzuheben ist: In allen Betrieben, die von Anfang im Streik gestanden haben, stimmte die Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Stahlwerker mit Nein.

Viele Kollegen sind vermutlich dennoch vom Ergebnis der Urabstimmung enttäuscht. Sie hatten erwartet, daß insgesamt mehr Nein- als Ja-Stimmen zusammenkommen würden. Ein solches Ergebnis hätte auch ein realistischeres Bild davon gegeben, wie die große Mehrheit der Stahlarbeiter wirklich über den Tarifabschluß denkt und was die Kollegen von der abwieglerischen Streikführung der Loderer und Herb halten. Wenn uns die IGM-Bonzen jetzt glauben machen wollen, das Urabstimmungsergebnis beweise, daß die Mehrheit der Kollegen mit ihrer Streikführung und dem Tarifabschluß einverstanden seien, so ist das Augenwischerei.

Warum haben denn viele Kollegen mit Ja gestimmt? Doch deshalb, weil sie aufgrund der Abwiegelei und des Verrates der IGM-Führung den Mut haben sinken lassen. Sie hatten die Nase voll von dem Hin und Her bei den Schlichtungsverhandlungen, von Herbs undurchsichtigem Lavieren und von der spalterischen Schwerpunkttaktik. Sie haben kein Land mehr gesehen und hielten eine Fortsetzung des Kampfes unter den bestehenden Voraussetzungen für aussichtslos. Im Gegensatz dazu war ein anderer Teil der Stahlarbeiter, vor allem jene Kollegen, die von Anfang an im Streik gestanden hatten, zur Weiterführung des Kampfes bereit. Das heißt: Es ist der IGM-Führung im Verlauf des Arbeitskampfes gelungen, die Einheit der Stahlwerker zu zerstören, die sich in den 87 Prozent Stimmen für Streik bei der ersten Urabstimmung ausgedrückt hatte. Loderer, Herb und Co. haben also schließlich erreicht, was von Anfang an ihr Ziel war: die Stahlwerker auseinanderzudividieren.

Gerade jene Kollegen, die die größten finanziellen Opfer zu bringen hatten, weil sie mehr als sechs Wochen im Streik standen bzw. ausgesperrt waren, haben mehrheitlich mit Nein gestimmt. Das beweist noch einmal, wie groß die Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter war. Es widerlegt die verlogene Behauptung der Gewerkschaftsbonzen, mehr als der angenommene Verhandlungskompromiß sei einfach nicht drin gewesen; die Unternehmerfront sei zu stark gewesen; ein echter Einstieg in die 35-Stunden-Woche sei von daher nicht erreichbar gewesen.

Die Tatsache, daß überwiegend in jenen Betrieben eine Mehrheit für den Abschluß gestimmt hat, die nicht oder erst in den letzten Streiktagen in den Kampf mit einbezogen waren, macht noch einmal deutlich, wie enorm schädlich, wie abwieglerisch und spalterisch die Schwerpunkttaktik ist. Der Verzicht auf einen Vollstreik bewahrt die Kapitalisten nicht nur vor einem wirtschaftlichen Druck von weit größerer Durchschlagskraft. Schlimmer noch ist, daß dadurch die Arbeiter gespalten werden, daß ihrer Kampfbereitschaft das Wasser abgegraben wird.

All die genannten Tatsachen zeigen klar: Daß der erste Ansturm der Arbeiter zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht zum Erfolg führte, das verdanken die Kapitalisten nur der reaktionären DGB-Führung. Skrupellos haben die Gewerkschaftsbonzen die Arbeiter verschaukelt. Ihnen ging es darum, die Profitinteressen der Arbeitsplatzkiller zu schützen. Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist für die Herren Vetter, Loderer, Herb und Konsorten demgegenüber unwichtig. Daß es für Zehntausende Arbeiterfamilien um Sein oder Nichtsein geht, um ihre wirtschaftliche Zukunft, das läßt diese Bonzen kalt. Kann es noch eine Frage sein, daß gegen solche Arbeiterverräter ein unversöhnlicher und schonungsloser Kampf geführt werden muß?

Der Stahlarbeiterstreik zeigt in noch nicht dagewesener Deutlichkeit: Es ist notwendig, verstärkt die Opposition innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionären Bonzen zu organisieren. Grundlage muß dabei die Ablehnung jeder Politik der Sozialpartnerschaft und der Zugeständnisse an die Interessen des Kapitals sein. Alle Illusionen über die reaktionäre Rolle und die Gewerkschaftsfeindlichkeit der DGB-Führer und -Bonzen wirken sich verhängnisvoll auf die Kämpfe der Arbeiterklasse aus. Jedes Versöhnlertum gegenüber diesen Agenten des Kapitals richtet Schaden an.

Die Losung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!" zeigt den richtigen Kurs. Die entscheidende Konsequenz, die von den klassenbewußten Kollegen aus den Erfahrungen dieses Streiks zu ziehen ist: Werdet Mitglied der RGO, macht die RGO stark, schmiedet eine mächtige Waffe gegen den Verrat der Bonzen.





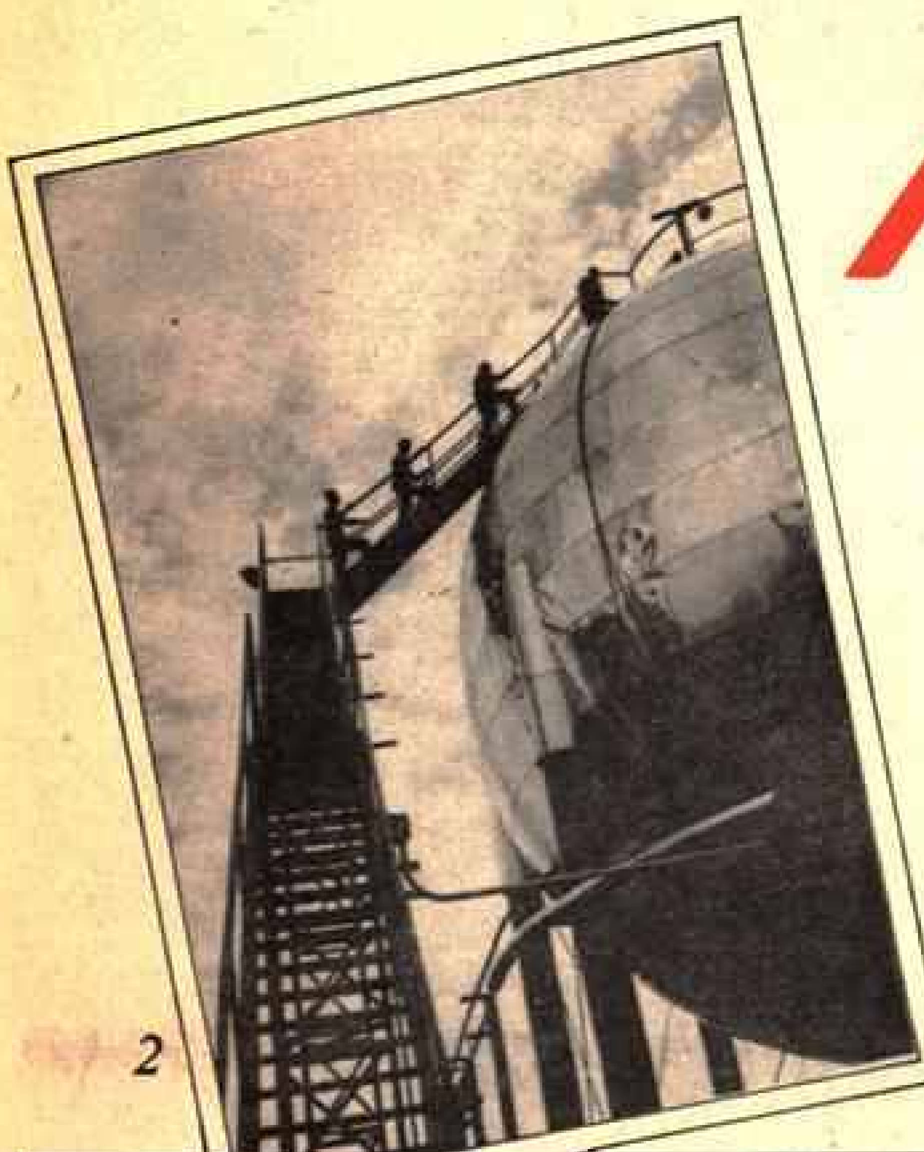


Die Bilder: ① Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Mehr als 100.000 Stahlwerker gehen am 17. November auf die Straße und demonstrieren ihre Kampfbereitschaft. Unser Bild: Die Demonstration der Mannesmann-Kollegen in Duisburg. ② 1.Dezember, drei Tage nach dem Beginn des Streiks: 66.000 Stahlwerker werden ausgesperrt. Unser Bild: Ausgesperrte Kollegen von Hoesch-Phoenix blockieren ein Werkstor. ③ Heißer Tee für die Streikposten. ④ Eine noch nie dagewesene Solidaritätsbewegung in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin stärkt den Stahlarbeitern den Rücken. Das Foto zeigt ÖTV-Kollegen auf einer Kundgebung der Stahlarbeiter in Hagen. ⑤ Allein in Duisburg versammeln sich am 8. 12. auf einer Kundgebung 35.000 Stahlwerker und solidarische Kollegen. Sie demonstrieren gegen die Aussperrung und fordern zugleich Vollstreik statt Schlichtungsverhandlungen! ⑥ Mehrfach demonstrieren Hunderte von Streikposten bei den Sitzungen der großen Tarifkommission in Mülheim gegen einen faulen Kompromiß. Unser Bild: Am 8. Januar, als die Tarifkommission über das Verhandlungsergebnis entscheidet, verschaffen sich die Stahlwerker „nachdrücklich" Zutritt zur Mülheimer Stadthalle. Die IGM-Bonzen hatten sie ausgesperrt. ⑦ IGM-Boss Loderer und ein anderes Mitglied der Großen Tarifkommission werden von demonstrierenden Streikposten in heftige Debatten verwickelt. ⑧ Auch aus Bremen von der Klöckner-Hütte sind Streikposten am 8. Januar nach Mülheim gekommen.



1

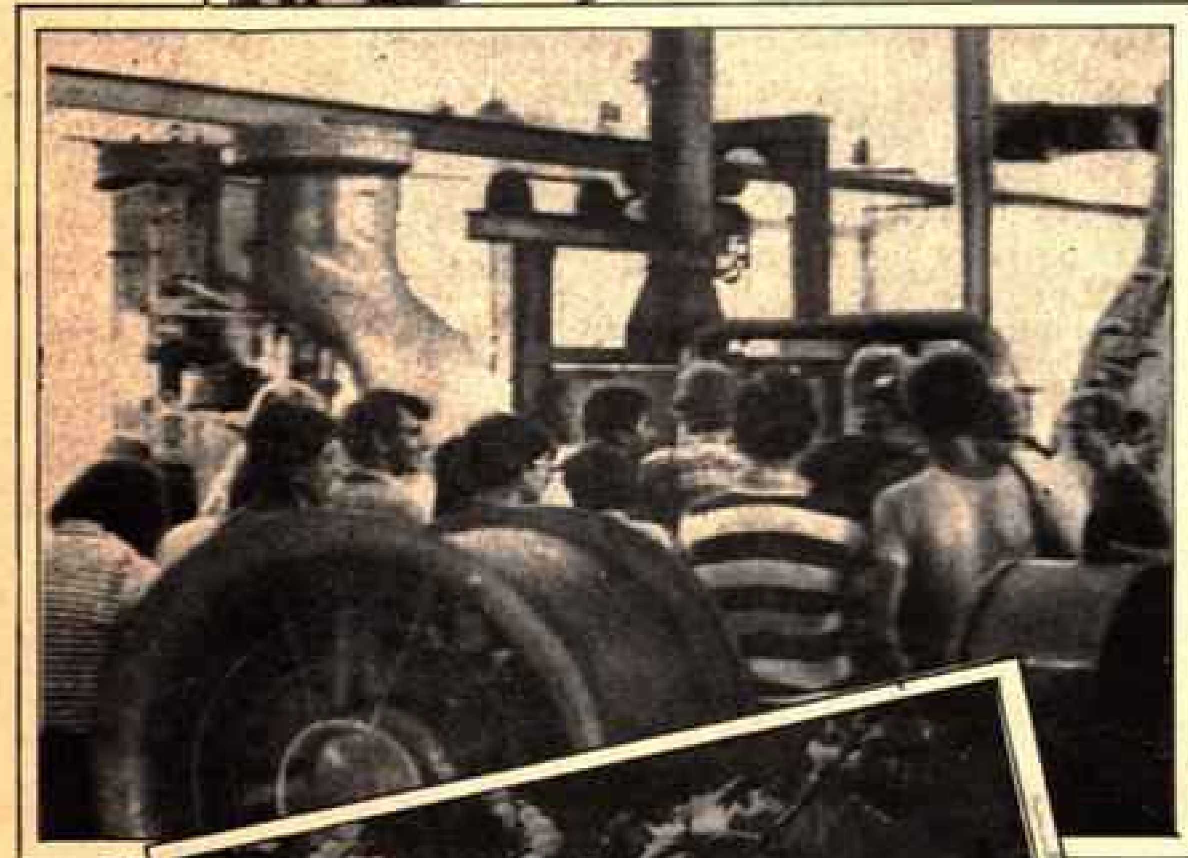
Urlaub und Reisen in ALBANIEN



2

Das sozialistische Albanien, das Land mit dem fortgeschrittensten Gesellschaftssystem der Welt, erfreut sich auch als Reise- und Urlaubsland immer größerer Beliebtheit. • • • Albanien besitzt eine reizvolle, kontrastreiche Landschaft. Die Skala reicht von den felsigen Hochgebirgen über grüne kultivierte Hügel, Täler und Ebenen bis zu der langen Adriaküste mit ihren herrlichen Sand- und Badestränden. Das Klima des Mittelmeerlandes ist sonnig und warm. • • • Der Reisende trifft in Albanien auf eine Gastfreundschaft, die ihresgleichen sucht. Er lernt das Selbstbewußtsein, die Aufgeschlossenheit und Freundlichkeit der Albaner schätzen. Diese Eigenschaften drücken sich auch in der bunten lebensfrohen Folklore aus, die ein Schwerpunkt des vielfältigen kulturellen Lebens Albaniens darstellt und Freunde und Bewunderer in aller Welt gefunden hat. • • • Der an der langen, von Freiheitskämpfen geprägten Geschichte Albaniens Interessierte findet zahlreiche, mit Sorgfalt gepflegte historische und Kulturdenkmäler im ganzen Land. Sie dokumentieren einen Zeitraum, der von der Antike bis in die Zeit des antifaschistischen Befreiungskampfes und der sozialistischen Revolution reicht. • • • Albanien zeigt dem Besucher, was ein von den Fesseln der Ausbeutung befreites Volk, gestützt auf die eigenen Kräfte, zu leisten vermag. Das ehemalige „Armenhaus Europas" entwickelte sich in den letzten 35 Jahren zu einem fortgeschrittenen Industrie-Agrarland mit modernen Städten und Dörfern, mit großen Industriekombinaten und einer hochentwickelten Landwirtschaft.

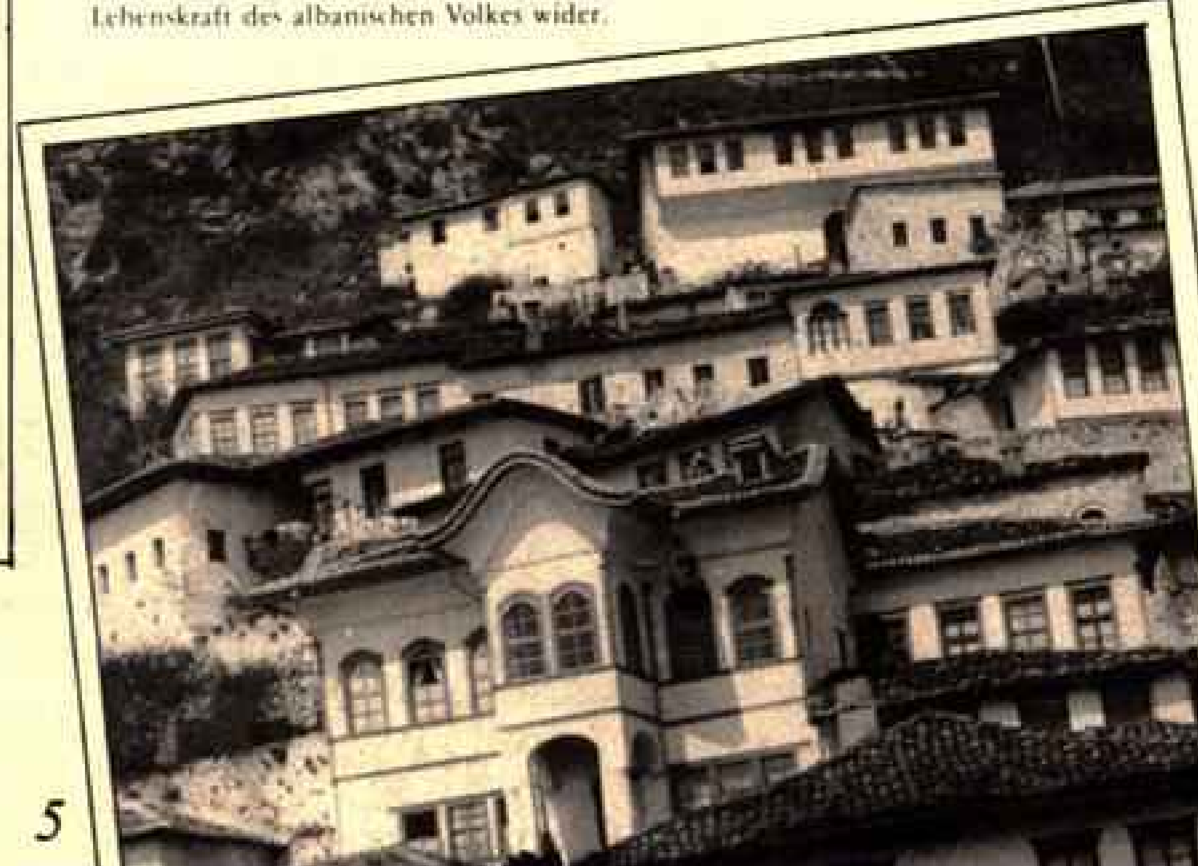
(1) Der Strand von Durres ist einer der schönsten der ganzen Adriaküste. Wo sich früher der Blut- und Geldadel tummelte, erholt sich heute das werktätige Volk. Einige Schritte vom Strand entfernt stehen die Hotels, in denen auch die ausländischen Urlauber untergebracht werden. (2) Arbeiter im Stickstoffdüngerkombinat in Fieri. (3) Ausländische Besucher in einem albanischen Werk. Von einem rückständigen Agrarland hat sich Albanien in wenigen Jahren zu einem Land mit fortschrittlicher sozialistischer Industrie entwickelt. (4) Weinernte. Albanien ist unter Kennern berühmt für seine guten Weine und milden Cognacs. (5) Berat, die „Stadt der 1000 Fenster", wurde wegen ihrer vielen Denkmäler und der charakteristischen Architektur ihrer Häuser zur Museumsstadt erklärt. Berat ist eine der ältesten Städte Albaniens. (6) Eine Gruppe auf einem Folklorefestival in Gjirokastra. Im Reichtum und in der Mannigfaltigkeit der albanischen Folklore spiegelt sich die Lebenskraft des albanischen Volkes wider.



3



4



5



6

Die Möglichkeiten

Sie lernen Albanien mit einer Freundschaftsreise der Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA) kennen. Die Reise beginnt in Düsseldorf oder Köln. Das Flugzeug bringt Sie nach Tirana; von dort fahren Sie mit dem Bus 40 Kilometer in die Küstenstadt Durres. Sie sind in Zweibettzimmern in den Touristenhotels am Strand untergebracht.

Die Reisen finden statt mit einem Gruppenvisum. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens stellt erfahrene Reiseleiter, die albanische Touristenorganisation „Albtourist" stellt Dolmetscher zur Verfügung, organisiert Reisen ins Land mit Besichtigungen (Fabriken, Landwirtschaft, Museen etc.), bei denen, soweit es geht, die Wünsche der Reisegruppen berücksichtigt werden. Natürlich gibt es bei allen Reisen viel Zeit zur Erholung. Im Preis sind Flug, Unterbringung, Vollpension und Exkursionen eingeschlossen.



Hotel Durresi

Die Reisen finden zu folgenden Terminen statt: 15. 6. (3 Wochen), 6. 7. (2 Wochen), 21. 7. (3 Wochen), 10. 8. (2 Wochen), 25. 8. (2 Wochen), 7. 9. (3 Wochen). Der letzte Rückflug ist am 28. 9.

Preise für Einzelreisende in GFA-Gruppen:

— 2 Wochen .... 725 DM
— 3 Wochen .... 850 DM
— 4 Wochen .... 1.140 DM
(nur beschränkte Teilnehmerzahl)

Erfolgt die Anmeldung nach dem 31. 3. 79, dann gilt ein Aufschlag von 20 DM. Für Kinder unter 3 Jahren sind Reise und Unterkunft kostenlos, sofern sie keinen eigenen Platz im Flugzeug beanspruchen und im Elternbett schlafen. Kinder von 3 bis 8 Jahren zahlen 500 DM für 2 Wochen bzw. 575 DM für 3 Wochen. Bei den Reisen am 15. 6. und 10. 8. gelten besondere Vorzugspreise für Kinder im Vorschul- bzw. Schulalter: Am 15. 6. für Kinder von 3 bis 8 Jahren 400 DM (3 Wochen, ohne Landfahrten); für die gleiche Altersgruppe am 10. 8. 300 DM (2 Wochen, ohne Landfahrten); am 10. 8. für Kinder von 8 bis 14 Jahren 550 DM (2 Wochen, incl. Landfahrten).

Preise für selbstorganisierte Gruppen:

a) Gruppen unter 20 Teilnehmern
— 2 Wochen .... 670 DM
— 3 Wochen .... 805 DM
b) Gruppen über 20 Teilnehmer
— 2 Wochen .... 635 DM
— 3 Wochen .... 760 DM

Die Preise gelten pro Person. Für Kinder unter 3 Jahren gilt das gleiche wie bei den Preisen für Einzelreisende. Kinder von 3 bis 8 Jahren zahlen für 2 Wochen 510 DM, für 3 Wochen 600 DM. In den GFA-Preisen für selbstorganisierte Gruppen sind Landfahrten nicht enthalten.

Außer den genannten Fahrten bietet die Gesellschaft der Freunde Albaniens noch Spezialreisen an. Die Reisen dauern jeweils 14 Tage und werden zwischen 880 und 980 DM kosten.

- Anfang März: Frühjahrsreise
- Anfang April: Reise unter dem Thema Schule und Erziehung (besonders für Lehrer und Pädagogen).
- Im Mai: Studienreise für Bibliothekare und verwandte Berufe
- Im Juni: Reise unter dem Thema Rechtswesen (besonders für Juristen)
- Anfang Oktober: Reise unter dem Thema Medizin und Gesundheitswesen (besonders für Ärzte und medizinisches und Pflegepersonal)

Anmeldung sowie weitere Auskünfte:

Rüdiger Pier
(GFA-Sekretariat)
Postfach 11 16 05
2000 Hamburg 11

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Russell-Tribunal:
Eine Zensur findet doch statt!

Hauptsächlich die Zensurpraktiken des Bonner Staates, aber auch die Beschränkung der Rechte von Verteidigern und Angeklagten in Strafverfahren sowie die Rolle des Verfassungsschutzes waren die Themen des Russell-Tribunals während seiner zweiten Sitzungsperiode in der Köln-Mülheimer Stadthalle.

Wenn auch das Thema Gewerkschaftsausschlüsse — wie auch schon in der ersten Sitzungsperiode — ausgeschlossen war, wenn sich auch die Kritik an den politischen Verhältnissen Westdeutschlands einer sehr vorsichtigen und abschwächenden Sprache bediente, wurden doch überzeugende Beweise des Abbaus demokratischer Rechte und der zunehmenden Faschisierung gebracht. Im folgenden versuchen wir, durch den Abdruck verschiedener Beispiele einen Einblick in die insgesamt lehrreichen Beratungen zu geben.

In einem Gutachten ging am ersten Tag der Literaturwissenschaftler Professor Dieter Richter auf die offizielle Begriffsverdrehung des Wortes „Zensur" ein, wie sie von diesem Staat benutzt wird, um seine Zensurpraktiken zu verschleiern. So steht zwar im Grundgesetz: „Eine Zensur findet nicht statt", aber nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist hiermit nur die „Vorzensur", eine Kontrolle der Publikationen **vor** ihrem Erscheinen, gemeint. Die nachträgliche Zensur jedoch, die Belangung der Verantwortlichen **nach** Erscheinen der Publikationen, ist nach Meinung dieses Gerichts durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar.

Auszüge aus einem Gutachten über „Zensur im Theaterbereich"

(...) Für den Bereich der audiovisuellen Medien insgesamt galt lange Zeit die Faustregel, daß die Zensurbestrebungen um so stärker, die Zensurschranken um so höher sind, je größer das potentiell angesprochene Publikum ist. Im Fernsehen zum Beispiel waren in den III. Programmen oder in den Nachtstunden Sendungen „möglich", die im I. und II. Programm oder zu den publikumsintensiven Hauptsendezeiten „unmöglich" waren. Im Theater „ging" vieles, was im Fernsehen keine Chance hatte (obwohl andererseits Rolf Hochhuths kritisches Schauspiel über den Papst Pius XII., „Der Stellvertreter", uraufgeführt 1963, in den folgenden Jahren südlich der Mainlinie auf keinen regulären Theaterspielplan kam; das nicht minder kritische Stück von Wolfgang Graetz über den 20. Juli 1944, „Die Verschwörer", Buchausgabe 1965, wurde niemals gespielt, obwohl sich anfangs große Bühnen in Berlin, Frankfurt/Main und München interessiert gezeigt hatten.)

In den letzten Jahren hat sich jedoch der Zensurdruck auch auf die Theater zunehmend verstärkt. (...) Da der Intendant für den gesamten Theaterbetrieb seinem Dienstherrn gegenüber alleinverantwortlich ist, und dieser Dienstherr wiederum über Vertragsverlängerung bzw. Nichtverlängerung des Intendanten entscheidet, reduziert sich die — vertraglich garantierte — „künstlerische Entscheidungsfreiheit" des Intendanten im Konfliktfall mit seinem Dienstherrn auf die Freiheit der Entscheidung, seinen Posten zu verlieren. (...)

Im Herbst 1977 etwa wurden an sechs deutschen Bühnen Aufführungen von Albert Camus' Drama „Die Gerechten' (zum Teil noch vor Probenbeginn) abgesetzt; der Oldenburger Intendant Harry Niemann erklärte auf einer Publikumsdiskussion im Januar 1978, politischem Druck sei das Theater dabei nicht gefolgt — in derselben Diskussion erklärte später der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll: „Natürlich hat es Druck gegeben, und der Druck war richtig und nötig." (Quelle: dpa-Meldung in der „Frankfurter Rundschau" vom 11. 1. 1978.)

Derart unverhohlen demaskieren sich Zensoren selten; tatsächlich verweisen alle bekanntgewordenen Fälle von Zensur aller Wahrscheinlichkeit nach auf unbekannt gebliebene. Jeder Zensurfall ist ein Lehrstück — daß daraus gelernt wird, beweisen die Fälle von Selbstzensur (der zum Beispiel im November 1977 eine über hundertjährige Operette in Bonn zum Opfer fiel: Charles Lecocqs „Giroflé-Girofla" von 1874 behandelt eine Entführung mit Lösegeld-Erpressung!) (...)



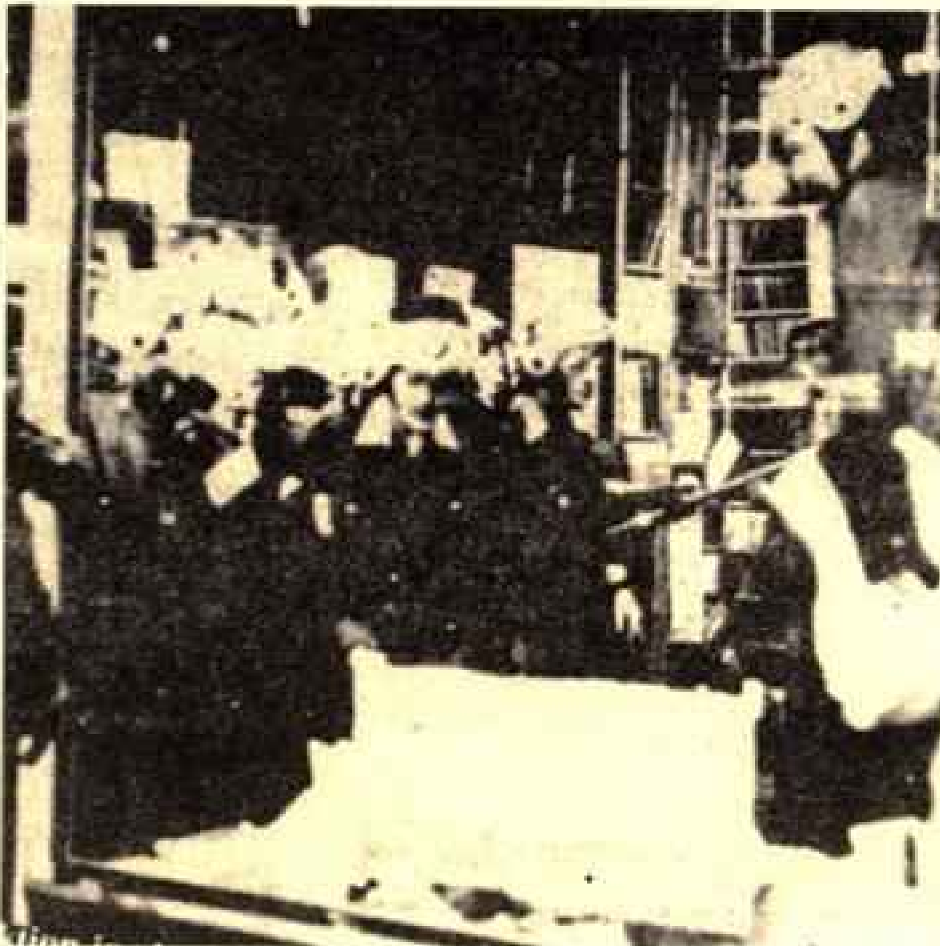
Zensur in der Schule

Nach einer Dokumentation, die dem Tribunal vorgelegen hat sind im Zeitraum von 1975 bis 1978 insgesamt 143 Fälle bekannt geworden, in denen verschiedene Zensurmaßnahmen gegen Schülerzeitungen ergriffen worden sind. Darunter sind allein 71 Vertriebsverbote und 31 Anzeigen. Erschreckend ist die Tatsache, daß sich 108 der 143 Fälle im Zeitraum der letzten zwei Jahre konzentrieren!

In einer „Allgemeinen Einschätzung von ‚Zensur im schulischen Bereich'" wird darüberhinaus festgestellt (Auszüge):

„(...) Anhand des uns vorliegenden und referierten Materials sind wir zu der Ansicht gelangt, daß an den Schulen der BRD eine Zensur stattfindet. Vor- und Nachzensur sind gebräuchliche Disziplinierungsinstrumente. Die Zensur **durch** die Schule wurde in den letzten Jahren durch Schulgesetze und Erlasse verrechtlicht. Die Zensur **in die Schulen hinein** durch die Anwendung des politischen Strafrechts wurde in größerem Umfang durch systematische Überwachung durch Polizei und Verfassungsschutz möglich. (...) Die von uns dokumentierten Zensurfälle betreffen folgende Themen: Schulkritik, Terrorismus, Kapitalismuskritik, Sexualaufklärung, Energie- und Sicherheitspolitik, Faschismus, Imperialismus.

Schülern und Lehrern in der BRD ist es verwehrt, sich über diese Themen anhand authentischer Texte zu informieren, wenn sie das für richtig halten. Die Verwendung bestimmter Originaltexte, auch wenn sie als Buch frei erhältlich sind, bringt Lehrer in Gefahr, angezeigt, diffamiert oder zur Anhörung zitiert zu werden. Texte von Autoren, die einmal öffentlich als verfassungsfeindlich bezeichnet wurden, werden in der Schule tabuisiert. Verdacht und Sanktion heften sich oberflächlich an den Namen des Autors, ohne daß der Stellenwert des einzelnen Textes im Unterricht oder in der Schülerzeitung geprüft würde. (...)"


Beschlagnahmeaktion in einer Buchhandlung

Ein Parkverbot und die Folgen

Was heute in diesem Staat an „Zensur" möglich ist, zeigt der unglaubliche Fall, der im November 1977 in Frankfurt spielte und dem Tribunal vorgetragen wurde:

„(...) Die Betroffene, Frau D., unbescholten, hatte mit dem Auto Freunde besucht und dabei ihren Wagen so geparkt, daß er eine benachbarte Grundstückseinfahrt zum Teil versperrte. Als sie nach ihrem Besuch wieder wegfahren wollte, befaßte sich schon Polizei (drei uniformierte Beamte einer Verkehrspolizeistreife) mit dem Wagen. Frau D. bekam und bezahlte eine gebührenpflichtige Verwarnung — und damit wäre die Geschichte auch schon zu Ende, hätte nicht einer der Polizeibeamten entdeckt, daß Frau D. mehrere Exemplare eines Plakats unter dem Arm trug. Die erregten sein Interesse (vielleicht, weil sie rot waren), er nahm sie an sich, rollte sie auf, und was er jetzt sah, veranlaßte sofort polizeiliches Einschreiten.

Die Polizisten (zwei waren knapp 20 Jahre alt, einer etwas älter) haben später ihr Einschreiten damit begründet, das Plakat sei „politischen Hintergrundes" gewesen (so der eine), es hätte „überwiegend politischen Inhalt" gehabt (so der zweite), und einer hatte „Abbildungen verstorbener politischer Persönlichkeiten" entdeckt. (...)

Was dann folgte, war

- Sicherstellung des Plakats,
- Vorläufige Festnahme, Mitnahme zum Polizeirevier, Aufnahme von Protokollen,
- danach Wohnungsdurchsuchung gründlichster Art (fünf Beamte).
- Als sie beendet war: Transport der Betroffenen ins Polizeipräsidium, dort „erkennungsdienstliche Behandlung' (gleich Abnahme von Fingerabdrücken und Herstellen von Fotos für das ‚Verbrecheralbum'),
- danach Transport in Polizeigewahrsam
- und dort: völliges Auskleiden, körperliche Durchsuchung auf verborgene Messer oder ‚andere Waffen und Einstichstellen von Kanülen',
- irgendwann dann in der Nacht Entlassung.

Für die Beamten, die beteiligt waren, hat der Vorfall bis heute keinerlei Konsequenzen gehabt. (...)"

Auf dem Wege zum faschistischen Strafprozeß

Der ständige Abbau der Rechte von Angeklagten und Verteidigern in Strafprozessen wurde auf der Sitzung vom 6. 1. zum Thema gemacht. Wie Sebastian Cobler in seinem Beitrag sagte, sind alle Maßnahmen, die eine Änderung des Strafverfahrensrechts beinhalten, unter dem Stichwort „Verhinderung des Mißbrauchs von Verfahrensrechten" durchgesetzt worden. Was dieser reaktionäre Leitspruch bei konsequenter Anwendung bedeutet, sagte Cobler so: „Was alles einmal als originäres und dementsprechend proklamiertes Prozeßgrundrecht gegolten hat, und was zu reklamieren die Pflicht eines Verteidigers und das gute Recht eines jeden Angeklagten war, das wurde mit einem Mal zu einer Art prozessualer ‚Sabotage' oder ‚Störung' umgemünzt und — illegalisiert." Als Beispiel dienen die Vorschriften des § 231 a der Strafprozeßordnung.

Öffentlicher Dienst
Wir stellen ein:
fähige
Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher
Die Kultusminister der Länder

Plakat von Ernst Volland

Im Gegensatz zu den entsprechenden Bestimmungen im Nazi-Reich wurde im Grundgesetz der Artikel 103, Absatz 1 verankert, der das Anwesenheitsrecht als Prozeßgrundrecht bestimmt. Dementsprechend heißt es im § 230 StPO: „Gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine Hauptverhandlung nicht statt." Durch den neuen § 231 a StPO ist dieses Recht nun außer Kraft gesetzt. Während in zahlreichen Prozessen gegen Nazi-Verbrecher die Verfahren wegen tatsächlicher oder angeblicher Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten eingestellt worden sind, ist dieser neue Paragraph zum Beispiel den Anhängern der RAF vorbehalten.

So wurde im Stammheimer Prozeß ohne die Angeklagten verhandelt, weil diese sich ihre Haftbedingungen und damit ihre Verhandlungsfähigkeit selbst zuzurechnen hätten! Und die Haftbedingungen, die zugegebenermaßen die Verhandlungsunfähigkeit hervorgerufen haben, seien der „besonderen Gefährlichkeit" der Angeklagten anzulasten, die sich wiederum aus der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB ergebe. Mit anderen Worten, bei politischen Angeklagten kann von vornherein durch Isolationshaft usw. deren Abwesenheit beim Prozeß vorprogrammiert werden!

Wenn auch die Diskussionen über das Strafverfahrensrecht der Bundesrepublik im Tribunal doch sehr einseitig geführt wurden, indem man sich auf Stammheim konzentrierte und nicht alle Bereiche berücksichtigte, in denen der westdeutsche Staat seine Angriffe auf die Rechte von Verteidigern und Angeklagten startet, so ist es doch verdienstvoll, wenigstens diesen Teil der heutigen Rechtspraxis des Bonner Staates öffentlich zu diskutieren.

46 Jahre danach ...
Berufsverbote!

Als am 30. Januar 1933 Hitler die Macht ergriff, begann eine noch nie dagewesene Hetzjagd auf die Vertreter kommunistischer, demokratischer und fortschrittlicher Ideen, auf die Verteidiger der fortschrittlichen deutschen Nationalkultur. Als Göbbels seine Bücherverbrennungen inszenierte, befand sich schon so mancher Zeitungsredakteur, Künstler oder Lehrer im Konzentrationslager. Wer nicht gleich abgeführt wurde, bekam das verordnet, was man seitdem „Berufsverbot" nennt.

Heute, 46 Jahre nach dem Machtantritt des deutschen Faschismus, firmieren Berufsverbote gegen kommunistische, revolutionäre und fortschrittliche Menschen wieder in der Welt als Markenzeichen des Bonner Staats. Seitdem der „Radikalenerlaß" im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik eingeführt wurde, ist gegen 4.000 Beamte, Angestellte und Arbeiter das Berufsverbot ausgesprochen worden. Während sich der „Radikalenerlaß" angeblich gegen Links- wie auch Rechtsradikale richten soll, wird unter dem Deckmantel dieser Bestimmung erneut eine Hetzjagd auf alles, was links ist und sich nicht gefügig in den Bonner Staat einordnet, veranstaltet.

Auf der anderen Seite wird der faschistischen NPD bescheinigt, daß sie nicht als verfassungsfeindlich eingeschätzt wird und daß ihre Mitglieder in den öffentlichen Dienst eingestellt werden. Schon heute werden wieder die Weichen gestellt, daß chauvinistische Hetze, Antisemitismus und blinder Gehorsam gegenüber dem Staat Eingang in die deutschen Schulklassen findet. Ebenso machen sich alte und neue Nazis in Polizei und Bundeswehr breit.



Aber die Berufsverbote gegen die Linken gehen weiter. Die Diskussion über die Berufsverbote der letzten Zeit hat die reaktionärsten Politiker auf den Plan gerufen. Wie wild verteidigen sie die Praxis des „Radikalenerlasses" gegen die Protestbewegung Zehntausender. Aber auch die „Liberalisierungsvorschläge" eines Klose ändern nichts wesentlich. Es wird weiter berufsverboten. Man wollte nur die zunehmende Kritik im In- und Ausland unterlaufen. Wenn Klose es ernst gemeint hätte, dann wären die in Hamburg von den Schulen verwiesenen Lehrer wieder eingestellt worden.

Die Bewegung gegen die Berufsverbote wächst an. Die 46. Wiederkehr des Machtantritts des Nazi-Faschismus ist für uns ein Anlaß zu fordern:

Weg mit den Berufsverboten!
Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen!

Ergebnis der Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestages der KPD/ML — 230.323,98 DM

In der letzten Woche gingen folgende Spenden für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bei uns ein:

Genossen aus Unterliederbach	200,00
H. H., Westberlin	20,00
P. K., München	300,00
Kunden Buchladen „Roter Morgen", Köln	300,00
Genossen aus dem Wedding, Westberlin	718,00
Klinikzelle Münster	250,00
Stadtteilzelle Hörde, Dortmund	1.000,00
R. K., Westberlin	100,00
Genossen von der Bergstraße	150,00
Kunden Buchladen Klartext, Kassel	95,00
J. B., Westberlin	250,00
Genossen aus Marburg	50,00
H. T., Düsseldorf	50,00
Genossen aus Düsseldorf	98,00
G. u. U. B., Düsseldorf	500,00
B. L., Dortmund	100,00
Zelle Ford, Köln	265,00
RG Brackwede	60,00
„Pendel-Runde", Brackwede	100,00
Stadtteilzelle Winterhude, Hamburg	250,00
K. H., Essen	20,00
Zelle GWB, Essen	100,00
Solidaritätsfest des LBV Rheinland-Pfalz/Saar	2.052,56
G. J., Westberlin	42,00
J. E., Peine	74,59
RG Oberhausen	300,00
W. G., Stuttgart	12,50
Genossen aus Dortmund	33,00
M. C., Werdohl	20,00
Zelle Hagen	1.140,00
Genossen aus Hattingen	200,00
Genossen aus Gelsenkirchen	1.000,00
Spende eines Kuriers	10,00
LBV Weser-Ems	5.310,50
LBV HH-Unterelbe (für den „Roten Morgen")	1.718,50
Stadtteilzelle Lurup, Hamburg	1.870,00
H. M., Nürnberg	150,00
LDK Westfalen-Lippe	51,30
U. B., Köln	150,00
LBV Baden-Württemberg	762,00
ungenannt	7,81
G. C., Stadtland	6.000,00
insgesamt	25.880,76

Damit ist zum Abschluß der Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML eine Gesamtspendensumme von

230.323,98 DM

zusammengekommen.

Berichtigung

In der Nr. 1 vom 5. 1. 79 wurde eine Spende falsch verzeichnet.
Falsch war: N. S., Bremen 20,00
Die Spende kam von:
N. S., Gießen 20,00

Liebe Freunde und Genossen!

In der letzten Woche ist die Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML mit dem großartigen Ergebnis von 230.323,98 DM abgeschlossen worden.

Als das ZK im September die Partei und alle ihre Freunde zu einer großen Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML aufrief und als Planziel 100.000 DM steckte, war ihm klar, daß dieses Planziel die Partei vor große Anstrengungen stellen würde. Mußte diese große Summe doch von Arbeitern, Angestellten und anderen Werktätigen zusammengebracht werden, von Genossen, die für die politische Arbeit der Partei in Betrieb, Stadtteil oder Kaserne schon manches finanzielle Opfer erbringen.

Und nun: 230.323,98 DM! Weit mehr als das Doppelte des Planziels ist in nur vier Monaten für die Partei zusammengekommen! Das großartige Spendenergebnis zeigt die Begeisterung aller Freunde und Genossen für den Kampf der Partei, die stählerne Geschlossenheit der Partei um ihr Zentralkomitee. Ohne diese Begeisterung, diesen Einsatz und diese Opferbereitschaft aller Genossen könnte die Partei ihre Aufgaben nicht erfüllen. Dafür spricht das Politbüro im Namen des Zentralkomitees allen Freunden und Genossen der Partei seinen herzlichsten Dank aus.

Der IV. Ordentliche Parteitag hat die Partei vor große und wichtige Aufgaben gestellt, vor allem muß die Partei das „linke" Sektierertum restlos überwinden, führend und organisierend in die Klassenkämpfe eingreifen und mächtige Transmissionsriemen schaffen, die die Partei eng mit den Massen verbinden. Die Aufgaben, die jetzt vor der Partei stehen, kosten sehr viel Geld, Geld, das durch die Mitgliedsbeiträge nicht allein aufgebracht werden kann. Eure vielen Spenden werden ihre Erfüllung möglich machen, werden vor allem dazu beitragen, den Aufbau von Massenorganisationen wirkungsvoll zu unterstützen.

So wird jede der mit großem Einsatz vom Arbeitslohn und Weihnachtsgeld abgeknapsten, auf Flohmärkten zusammengebrachten, bei Festen und Tombolas gesammelten 230.323,98 DM eine Mark für die Revolution sein.

Dafür noch einmal unseren herzlichsten Dank!

Politbüro des ZK der KPD/ML

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Bundesbahn will in Niedersachsen das halbe Streckennetz stillegen

Volkskorrespondenz aus Lüneburg

„Und womit sollen wir nun fahren?" Das fragen sich Millionen Menschen aus Niedersachsen, die täglich auf das Verkehrsmittel — Bahn — angewiesen sind.

Bei uns im Bezirk Lüneburg sind lediglich die Hauptstrecken Hamburg-Hannover und Hamburg-Bremen vor der Stillegung sicher. Dabei sieht es bei uns mit den Verkehrsmitteln sowieso schon sehr schlecht aus. Dem kann hier jeder aus eigener Erfahrung zustimmen. Wir wollen nur ein Beispiel aufführen, welches bestimmt kein Einzelfall ist:

Rolf Teipelke ist 17 Jahre alt und Schüler im Kinderheim „Haus Nordheide" in Hollenstedt. Um 4 Uhr (!) klingelt bei ihm der Wecker. Rolf erzählt über seinen 78 Kilometer langen Schulweg: „Zuerst muß ich mit dem Bus nach Buchholz zum Bahnhof. Von hier geht's mit dem Zug nach Harburg. Und dann umsteigen nach Lüneburg. So komme ich gerade rechtzeitig zur Schule." Vier Stunden ist Rolf also schon auf den Beinen, ehe er in der Klasse sitzt. Abends ist der Rückweg noch schwieriger. Da gibt's nicht mal mehr eine Busverbindung nach Hollenstedt. Im Dunkeln muß Rolf am Straßenrand stehen, um im Glücksfall per Anhalter zurückzukommen. Seit zwei Jahren ist Rolf täglich insgesamt 15 Stunden (!) unterwegs.

Bei diesen unzumutbaren Verkehrsverhältnissen soll man etwa noch tatenlos zusehen, wie in Niedersachsen jetzt 852 Kilometer Bahnstrecke und damit jeder dritte Bahnhof stillgelegt werden? Das ist die Hälfte aller Bahnstrecken in Niedersachsen

Der Bahn ist es wohl schnuppe, was die Streckenstillegung für uns an Nachteilen bedeutet:

- Viele Pendler aus der Region Lüneburg, Soltau usw. können nicht mehr vor sieben Uhr morgens nach Hamburg zu ihrer Arbeitsstelle gelangen. Für viele Schüler wird die Fahrt zur Schule schwieriger.
- Erhebliche Mehrkosten müssen für den Ausbau der Straßen, die Errichtung von Wartehäuschen und Haltestellen sowie für den Busersatzverkehr aus Steuergeldern zusätzlich aufgewendet werden.
- Die Fahrzeit verlängert sich um 25 bis 30 Prozent. Für die Strecke Lüneburg-Dannenberg zum Beispiel, für die ein Zug jetzt 75 Minuten braucht, braucht ein Bus 104 Minuten. Außerdem würde die Fahrt mit dem Bus teurer als die mit der Bahn: für die Strecke Lüneburg-Dannenberg kostet die Bahnfahrt 7 Mark, die Fahrt mit dem Bus dagegen 9 Mark. Man muß unbequemere Sitzgelegenheiten im Bus in Kauf nehmen, wovon besonders die älteren Menschen betroffen sind.
- Für die von Stillegung bedrohten Bahnstrecken gibt es teilweise keine direkten Straßenverbindungen als Ersatz, so für die Strecke Buchholz-Lüneburg.

Überhaupt werden durch die geplanten Stillegungen die ohnehin verkehrsschwachen Regionen noch mehr von den Städten abgeschnitten. In solchen Gebieten will keiner mehr gerne wohnen. Die Kluft zwischen Stadt und Land wird weiter vergrößert. Der schnelle Transport von lebensnotwendigen landwirtschaftlichen Gütern aus diesen Gebieten in die Städte wird erschwert. Die Städter könnten mit der Bahn nicht mehr zum Wochenende ins Grüne fahren.

- Durch die geplanten Stillegungen würde sich der Straßenverkehr erhöhen. In den Städten und Zubringerörten würden sich die Straßen verstopfen. Auf den Straßen würde es noch mehr Unfälle geben als bisher. Schon jetzt kommen auf einen Bahntoten 26 Straßentote. Auf den Straßen gäbe es noch mehr Schmutz und Lärm.
- Wer noch kein Auto hat, müßte eventuell tief in die Tasche greifen, um sich eines zu kaufen. Für manchen stellt sich dabei noch das Problem, extra einen Führerschein zu machen.

— Muß das so sein? —

Laut Angaben des Bundesverkehrsministeriums sind im Bundesbahnbereich in den letzten beiden Jahren 50.000 Arbeitslose „geschaffen" worden. Das reicht der Bundesbahnleitung aber noch nicht. Sie hat sich vorgenommen, die 1976 390.000 Beschäftigten bis 1985 um 130.000 Eisenbahner auf 260.000 zu verringern. Darüber hinaus sind bisher schon in den letzten zwei Jahren 11.290 Ausbildungsplätze abgeschafft worden.

Wie begründet die Bundesbahn diese Maßnahmen? Sie sagt: „Die Bundesbahn ist ein unrentabler Zuschußbetrieb. Deswegen braucht man eben ein betriebswirtschaftlich vertretbares Streckennetz." Die Nebenstrecken passen den Bundesbahnmanagern nicht in das Profitkonzept!

Wo bleibt denn eigentlich das Steuergeld, das man 1975 der Bahn in den Rachen geworfen hat? Das waren 560 Millionen Mark. In den nächsten Jahren sollen bereits 1,6 Milliarden Mark locker gemacht werden. Im letzten Jahr hat die Bahn die Fahrpreise kräftig erhöht. Im April steigen die Preise wieder noch einmal. Dabei zahlt jeder Bundesbürger pro Jahr sowieso schon runde 400 Mark an Steuergeldern für die Bahn. Was ist das für ein feiner Sozialstaat, wenn wir auf den stillgelegten Bahngleisen zu Fuß gehen sollen und obendrein noch Geld dafür bezahlen müssen?!

Wofür die Bahnunternehmer das ganze Geld investieren, wird klar, wenn man einmal in die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" hineinschaut. Da steht: „Die Wirtschaft braucht die Nebenstrecken kaum." Weiter kann man lesen, daß bereits heute 90 Prozent des Güterverkehrs auf genau den Teilen des Streckennetzes abgewickelt werden, die von den Stillegungsplänen sowieso **verschont** bleiben. Mit anderen Worten: Für die Kapitalisten bleibt der Bahnbetrieb als Transportmittel für ihre Warenabwicklung eine Goldgrube, denn zahlen tun ja wir Steuerzahler, der Kapitalist aber spart einen Teil der Transportkosten ein. Wer das nicht glaubt, sehe sich einmal den riesigen Güterbahnhof in Maschen an. Was wurde da für Geld reingebuttert!

Demonstration in Kassel: Die Gertenbacher fordern die Wiedereröffnung der von der Bundesbahn stillgelegten Bahnstation.

Im Personenverkehr dagegen wird rücksichtslos stillgelegt. Wir sehen hierin ganz klar eine Verschlechterung unserer Lebensbedingungen. Wir sehen zweitens, wie unversöhnlich sich die Interessen der Bevölkerung und die Interessen der Bundesbahnmanager und des Staates gegenüberstehen. Wenn wir nichts gegen die Streckenstillegung unternehmen, wer tut es sonst? Der Staat bestimmt nicht, der stopft unser Geld der Bundesbahn in den Hals. Wir müssen uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen.

Lernen wir von den dänischen Werktätigen. In Dänemark hat die Bevölkerung hartnäckig und heftig gegen die Stillegung der dänischen Staatsbahnen protestiert. Der Staat mußte unter diesem Druck die Pläne zurücknehmen. Der Staat sah sich sogar gezwungen, den Reisedienst auf den sogenannten Nebenstrecken zu verbessern und neue Dieseltriebwagen anzuschaffen.

Proteste hat es auch schon auf dem Uelzener Bahnhof gegeben. 200 Demonstranten beteiligten sich unter anderem an einer Sternfahrt. Vor allem Berufstätige und Schüler aus den Gemeinden Bodenteich, Ebstorf und Wrestedt, die an den betroffenen Strecken liegen, hatten sich geschworen, größere Protestaktionen folgen zu lassen, falls es bei der Streckenstillegung bleibt.

Weg mit dem Stillegungsplan!
Weg mit den Fahrpreiserhöhungen!

Dicke Luft!

Volkskorrespondenz aus Duisburg

„Dicke Luft" im wahrsten Sinne des Wortes wird in nächster Zeit in Duisburger Schulen und öffentlichen Gebäuden herrschen. Im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen soll jetzt auch an frischer Luft für Schulkinder und städtisches Personal gespart werden. Ist frische Luft etwa gesundheitsschädlich für sie (was angesichts der „guten" Luft Duisburgs nicht verwunderlich wäre)? Nein, frische Luft ist einfach zu teuer. Das verstehen Sie nicht, lieber Leser? Dann denken Sie doch einmal nach: Was passiert, wenn im Winter frische Luft durch ein geöffnetes Fenster in den warmen Raum eindringt? Na also, der Groschen ist gefallen — die Luft wird nämlich kühler und dann steigen doch die Heizungskosten. Als energiebewußter Mitbürger müssen Sie so etwas entschieden ablehnen.

Deshalb hat die Stadtverwaltung das Öffnen der Fenster während der Heizungsperiode verboten. Das Öffnen ist außerdem auch völlig unnötig, wie uns eine amtliche Mitteilung belehrt: „... die Raumlüftung erfolgt durch die Fugendurchlässigkeit der verschlossen gehaltenen Fenster. Daher ist es während der Heizperiode nicht erforderlich, die Fenster offenzuhalten."

Allerdings gesteht die Stadtverwaltung unseren Schulkindern einige Frischluftschübe zu, so doll ist es wohl doch nicht mit der „Fugendurchlässigkeit". Dazu die amtliche Mitteilung: „Nur in Klassenräumen oder Räumen ähnlicher Nutzung ist in **größeren Zeitabständen** bei **abgedrehten Heizkörpern** eine **Stoßbelüftung** von 3-5 Minuten Dauer durchzuführen." Das, liebe Leser, ist noch kein Karnevalsscherz, sondern nachzulesen in der amtlichen Mitteilung der Stadt Duisburg Nr. 18 vom 1. 11. 78!

Vor sechzig Jahren, am 15. Januar 1919, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Söldnern der Konterrevolution auf bestialische Weise ermordet. Die Genossen Karl und Rosa waren die anerkannten revolutionären Führer der deutschen Arbeiterklasse. Sie hatten in den Jahren des Weltkriegs ihre Stimme gegen den Völkermord erhoben und zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber im eigenen Land aufgerufen. Dafür hat man sie ins Zuchthaus geworfen. In den Tagen der Novemberrevolution standen sie an der Spitze des Kampfes für ein sozialistisches Deutschland. Sie waren Begründer der Kommunistischen Partei Deutschlands und unermüdliche Organisatoren der proletarischen Massenkämpfe gegen die bewaffnete Reaktion und die sozialdemokratischen Verräter. Dafür hat man sie hingemordet. Die Schlächter vom 15. Januar waren Offiziere aus der alten kaiserlichen Armee. Ihr Auftraggeber und Befehlshaber aber saß in der „demokratischen" Reichsregierung — es war der SPD-Minister Gustav Noske.

Berliner Arbeiter geben am 25. Januar 1919 Karl Liebknecht und 51 ermordeten Januarkämpfern das letzte Geleit.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Der Meuchelmord an Karl und Rosa war Bestandteil des blutigen Feldzugs, den die deutsche Bourgeoisie in den Januartagen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse führte. Mit Macht wollte sie in diesen Tagen die endgültige Entscheidung in dem Kampf herbeiführen, der seit dem November zwischen den revolutionären Massen und der Konterrevolution tobte. Mehrere Versuche, die revolutionären Arbeiter und Soldaten niederzuschlagen, ihre Machtpositionen in den Räten zu vernichten, waren schon gescheitert (siehe auch RM 44, 45, 51/78). Jetzt wurde planmäßig der entscheidende Schlag vorbereitet.



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg

Anfang Januar traten die Spitzen des Monopolkapitals zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Hugo Stinnes war darunter, Carl Friedrich von Siemens, Ernst Borsig, Albert Vögler und andere. Es sind die Namen der Blutsauger, die das deutsche Volk in ihren mörderischen Raubkrieg gehetzt hatten. Es sind die gleichen Namen, die Jahre später auf den Spendenlisten der Hitler-Partei standen. Die Namen derjenigen, die Deutschland einer faschistischen Terrorherrschaft unterwarfen und die Völker erneut in einen Weltkrieg stürzten. Bei ihrem Treffen im Januar zeichneten die Herren eine 500-Millionen-Mark-Spende für eine Terrororganisation, die wahrhaftig eine würdige Vorläuferin der Nazi-Partei war.

Sie nannte sich „Antibolschewistische Liga". Ihre Aufgabe bestand darin, durch ein Heer von Lockspitzeln blutige Provokationen gegen die Arbeiterklasse zu organisieren, eine hemmungslose Hetze gegen den Kommunismus zu entfalten und den planmäßigen Meuchelmord an den führenden Revolutionären vorzubereiten. „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!" So schrie es millionenfach von den Plakaten und Flugblättern der „Antibolschewistischen Liga". Das war die Stimme der Monopolherren, die um ihre Macht fürchteten. Sie wollten Blut sehen, das Blut der revolutionären Führer des Proletariats.

Aber um die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuschlagen, bedurfte es mehr als einer „Antibolschewistischen Liga". Man mußte alles aufbieten, was an bewaffneten Formationen der Konterrevolution zur Verfügung stand. Und so geschah es in den Januartagen. Berlin, das Zentrum der Revolution, wurde regelrecht eingekreist. Reguläre Verbände der alten kaiserlichen Armee wurden in die Umgebung der Hauptstadt überführt. Zu ihnen gesellten sich die berüchtigten Freikorps. Das waren Mordbanden, in denen sich reaktionäre Offiziere zusammengerottet hatten, bereit, jede Bluttat für den Sieg der Konterrevolution zu begehen.



Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe!

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Mordhetze der antibolschewistischen Liga

All dieses Gelichter wurde zu einer „Abteilung Lüttwitz" zusammengefaßt. Aber wer sollte an seine Spitze treten, wer sollte es befehligen? Über diese Frage wurde am 6. Januar in der Reichsregierung beraten. Naturgemäß fiel die erste Wahl auf die bewährten Schlächter des alten Regimes, die kaiserlichen Generäle. Aber dieser Gedanke wurde alsbald verworfen. Nicht ein General sollte an die Spitze des Feldzugs gegen die Berliner Arbeiterschaft treten, sondern — ein „Arbeiterführer". Man fand ihn in Gustav Noske, Minister in der sozialdemokratischen Ebert/Scheidemann-Regierung. Er selbst hat in seiner Biographie die Worte überliefert, mit denen er diesen Auftrag annahm: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!"

Und Noske wurde der Bluthund, der Schlächter des revolutionären Proletariats, der Oberbefehlshaber der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Er brauchte nur noch den Anlaß zum Losschlagen. Und auch der war schon sorgfältig geschaffen worden. Wenige Tage zuvor hatte die preußische Regierung eine gezielte Provokation gegen die Berliner Arbeiterschaft unternommen. Emil Eichhorn, Polizeipräsident der Stadt, war unter willkürlichen Anschuldigungen für abgesetzt erklärt worden. Eichhorn war der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Dienern schon lange ein Dorn im Auge, weil er sich mehrmals an der Aufdeckung konterrevolutionärer Verschwörungen beteiligt hatte, weil er einen großen Teil seiner Polizeitruppen (der Sicherheitswehr) aus organisierten Arbeitern zusammensetzte usw.

Die Monopolherren und ihre Minister in der Reichsregierung wußten sehr genau, daß die Berliner Arbeiterschaft die Absetzung Eichhorns nicht kampflos hinnehmen würde. Aber ihnen ging es um die gezielte Provokation. Sie wollten die revolutionären Arbeiter zu einem Kampf herauslocken, auf den diese nicht genügend vorbereitet waren.

Am 5. Januar demonstrieren Hunderttausende von Arbeitern, zum Teil in Waffen, durch die Straßen der Hauptstadt, um gegen die Absetzung Eichhorns zu protestieren. Einige bewaffnete Trupps stürmen spontan das Gebäude des sozialdemokratischen ‚Hetzblatts „Vorwärts" und besetzten es. Am Abend des gleichen Tages treffen die Führer der KPD, der Berliner USP und der revolutionären Betriebsobleute zu einer Konferenz zusammen. Unter dem Druck der Ereigniss wird der Kampf um den Sturz der Ebert/Scheidemann-Regierung beschlossen und ein Revolutionsausschuß gebildet.

In den folgenden Tagen entwickeln sich mit Macht die revolutionären Kämpfe der Arbeitermassen. Neben dem „Vorwärts" werden auch andere bürgerliche Zeitungen besetzt, bewaffnete Posten ziehen in den Straßen auf. Die Proletarier drängen auf die entschlossene revolutionäre Aktion. Aber sind die Bedingungen für den Sieg des Kampfes um die Macht gegeben? Die Zentrale der KPD schätzt die Lage so ein, daß der Zeitpunkt für den Aufstand verfrüht ist.

Die Positionen der Revolutionäre in den Arbeiter- und Soldatenräten, den im Verlauf der Novemberrevolution entstandenen Machtorganen, sind noch schwach. Ohne eine starke Stellung in den Räten aber kann es ihnen nicht gelingen, die noch schwankenden Teile des Proletariats in die revolutionären Kämpfe einzubeziehen. Zudem sind auch die Mobilisierung und der Zusammenschluß jener Truppenteile, die der Revolution ergeben sind, noch nicht weit genug vorangeschritten. Und vor allem: es fehlt die Kraft, die imstande wäre, dem Aufstand im ganzen Reichsgebiet eine klare und einheitliche Führung zu geben. Die gerade erst gegründete KPD kann diese Aufgabe in den Januartagen noch nicht erfüllen. Und die anderen Kräfte, die sich im Berliner Revolutionsausschuß zusammengeschlossen haben, sind nicht in der Lage, diesen geschichtlichen Auftrag zu erfüllen.

Es zeigt sich vielmehr während der Januarkämpfe, daß diese Führer hinter der revolutionären Aktivität der Massen zurückbleiben, daß sie sich halbherzig verhalten und in Passivität versinken. In dieser kritischen Situation ist es die KPD, die aktiv und vorwärtstreibend an der Seite der kämpfenden Arbeiter steht. Die Bedingungen für den Sieg sind nicht gegeben. Aber kann das für die Partei heißen, daß sie sich aus den Kämpfen herauszieht und die revolutionären Proletarier ihrem Schicksal überläßt? Natürlich nicht. Alles, was in ihren Kräften steht, unternimmt die Partei, um die Widerstandskraft der Kämpfenden zu stärken, um die Führer im Revolutionsausschuß zu entschlossenem Handeln anzuspornen.

Zu dieser Zeit hat sich schon ein Heer von Spitzeln der „Antibolschewistischen Liga", von gedungenen Mordagenten der Regierung und der Generäle, an die Fersen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs geheftet. Aber unerschütterlich stehen die Genossen auf ihrem Kampfposten, Karl Liebknecht als Agitator unter den bewaffneten Arbeitern, Rosa Luxemburg in der Redaktion der „Roten Fahne", die in der Friedrichstraße, mitten im Kampfgebiet liegt.

Am 8. Januar beginnt Noske die Offensive seiner konterrevolutionären Truppen. Die halbherzigen Führer im Revolutionsausschuß hatten zwar der Regierung, zu deren Sturz sie ja angetreten waren, Verhandlungen angeboten. Aber Noske will nicht verhandeln, er will das Blutbad unter den revolutionären Arbeitern Berlins. Ein gnadenloses Feuer aus Geschützen, Granat- und Minenwerfern geht auf ihre Stellungen im Zeitungsviertel und im Polizeipräsidium nieder. Heldenhaft, oft bis zur letzten Patrone, verteidigen sich die Arbeiter. Mehrere Angriffe der Noske-Truppen können zurückgeschlagen werden. Aber ihre Überlegenheit ist zu groß. Und dann zeigt sich in aller Abscheulichkeit die blutige Fratze der konterrevolutionären Bestie.

Die Unterhändler der revolutionären Arbeiter, die unbewaffnet, mit weißen Fahnen in der Hand, ihre Stellungen verlassen, um Verhandlungen mit den Angreifern aufzunehmen, werden ergriffen, in die Kasernen geschleppt und dort erschossen. Major von Stephani, der die reaktionären Truppen gegen den besetzten „Vorwärts" führte, hat später eingestanden, daß er aus der Reichskanzlei des SPD-Führers Scheidemann den Befehl erhielt, alle 300 „Vorwärts"-Kämpfer unterschiedslos niederzumachen. Dieser Befehl konnte allerdings nicht ausgeführt werden. Wie hoch die Zahl der Opfer ist, die in diesen Tagen dem konterrevolutionären Terror zum Opfer fielen, ist bis heute nicht bekannt.

Jetzt begann auch die offene Hetzjagd auf die Führer des Proletariats. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mußten mit vielen anderen in die Illegalität gehen. Sie hielten sich bei Freunden im Berliner Stadtteil Wilmersdorf versteckt, als sie am 15. Januar von den Spitzeln entdeckt und von der reaktionären Bürgerwehr verhaftet wurden. Man zerrte sie ins Eden-Hotel, wo der Hauptmann Pabst, die rechte Hand Noskes und Kommandant der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, residierte. Pabst gab den Befehl zur Ermordung der beiden Genossen. Karl Liebknecht wurde vor dem Eden-Hotel mit Kolbenhieben niedergeschlagen und in ein Auto geworfen. Die Mörder fuhren in den Tiergarten, wo sie den Schwerverletzten aus dem Wagen zerrten und kaltblütig niederschossen. Nur wenig später wurde auch Rosa Luxemburg von den Noske-Bestien mit Kolbenschlägen niedergestreckt und in ein Auto geschleift. Kurz nach der Abfahrt richtete der Leutnant Vogel die Mordwaffe gegen sie und tötete sie durch einen Kopfschuß. Ihre Leiche warfen die Mörder in den Landwehrkanal.

So starben durch die Hand der Schergen des Kapitals die unvergeßlichen Führer der deutschen Arbeiterklasse. Und trotz des weißen Terrors der Noske-Truppen, der in Berlin tobte, gingen Hunderttausende Berliner Arbeiter auf die Straße, um ihnen und anderen Revolutionären das letzte Geleit zu geben. Im ganzen Reich antworteten die Arbeiter mit Streiks und Protestmärschen auf die feige Mordtat.

Bei einer Protestkundgebung am 19. Januar in Moskau sagte Lenin: „Heute frohlokken in Berlin die Bourgeoisie und die Sozialverräter — es ist ihnen gelungen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ermorden. Ebert und Scheidemann, die vier Jahre lang die Arbeiter um räuberischer Interessen willen zur Schlachtbank führten, haben jetzt die Rolle von Henkern proletarischer Führer übernommen. Am Beispiel der deutschen Revolution überzeugen wir uns, daß die Demokratie lediglich als Deckmantel für bürgerlichen Raub und brutalste Gewalt dient."

Die deutsche Arbeiterklasse wurde in den Januarkämpfen geschlagen und ihrer Führer beraubt. Aus dem Blutbad der Noske-Truppen entstand die Weimarer „Demokratie". Diejenigen, die damals frohlockten, die Monopolherren, sie üben auch heute noch die Macht über unser Land aus. Noch ist das Vermächtnis der Januarkämpfer nicht erfüllt. Ihr Kampf wird heute von uns fortgesetzt, der Kampf für ein sozialistisches Deutschland.



Ein trauriges Dokument des Bruderkrieges: Vor einem amerikanischen Panzer, den sie im Vietnamkrieg erbeutet haben, führen vietnamesische Soldaten gefangene Kambodschaner ab.

Kambodscha in der Hand vietnamesischer Truppen

Die vietnamesischen Truppen haben den größten Teil Kambodschas besetzt. Am Wochenende wurden die westlichen Provinzstädte Siem Reap und Battambang aus der Luft bombardiert und wenig später eingenommen. Am Sonntag standen vietnamesische Einheiten bereits an der thailändischen Grenze.

Ihre Stärke wird auf insgesamt elf Divisionen — 100.000 Mann — geschätzt. Dazu kommen etwa 20.000 Mann der provietnamesischen „Nationalen Einheitsfront". Diese Gruppe hat inzwischen in Phnom Penh eine neue Regierung unter der Führung von Heng Samrin und Chea Sim gebildet. Es handelt sich dabei um zwei ehemalige Funktionäre der kambodschanischen Partei, die im letzten Mai nach einem gescheiterten Putschversuch nach Vietnam geflohen waren.

Ein großer Teil der kambodschanischen Truppen ist in den letzten Tagen nach Thailand geflohen. Allein in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag haben an einem Kontrollpunkt über 1.000 Soldaten die Grenze überschritten. Auch ein großer Teil der Funktionäre der kambodschanischen Regierung und der zivilen und militärischen Berater aus China hat sich in das Nachbarland abgesetzt. Über das Schicksal des kambodschanischen Parteichefs Pol Pot herrschte auch zu Beginn der Woche Unklarheit.

Erwartungsgemäß ist die in Phnom Penh gebildete Regierung sofort von Moskau und seinen Vasallenländern anerkannt worden. Eine Ausnahme unter den Warschauer-Pakt-Staaten machte lediglich die rumänische Regierung. Sie verurteilte „mit Nachdruck" den vietnamesischen Einmarsch. In der Propaganda des Moskauer Blocks ist noch immer von einem innerkambodschanischen Befreiungskampf die Rede, eine Beteiligung Vietnams wird bestritten. Das vietnamesische Parteiorgan „Nham Dan" veröffentlichte allerdings in der letzten Woche einen Leitartikel, in dem zum ersten Mal die Invasion eingestanden wurde. Darin heißt es, daß Vietnam wegen der ständigen kambodschanischen Grenzverletzungen gezwungen gewesen wäre, „das heilige und legitime Recht der Selbstverteidigung anzuwenden" und einen „entschlossenen Gegenstoß" geführt hätte. Damit sollten die Schuldigen getroffen werden, „indem wir die Truppen ausschalteten, die den Krieg ausgelöst haben".

Gegen den Willen Moskaus ist inzwischen der UNO-Sicherheitsrat zu einer Debatte über Kambodscha zusammengetreten. Die Debatte war noch von dem kambodschanischen Parteichef Pol Pot — kurz vor dem Fall Phnom Penhs — beantragt worden. Washington und Peking haben sich gemeinsam dafür eingesetzt, daß die Sitzung trotz der sowjetischen Proteste stattfindet, um eine Verurteilung Vietnams zu erreichen. Die Pekinger Revisionisten legten einen Resolutionsvorschlag vor, in dem Vietnam „wirksame Maßnahmen" angedroht werden, falls es seine Truppen nicht zurückzieht. In Peking selbst wurden ausländische Diplomaten ins Außenministerium gebeten und dort massiv zur Einstellung jeder Hilfe an Vietnam aufgefordert.

Mit der Eroberung Kambodschas haben die Truppen Vietnams eine eng mit China verbundene Regierung ausgeschaltet. Zudem haben sie sich den Weg zu einer Kontrolle über ganz Indochina freigeschossen. In einem Artikel der vietnamesischen Armeezeitung „Quam Doi Nhan Dan" heißt es bereits: „Von jetzt an werden die drei brüderlichen Nationen der indochinesischen Halbinsel, Vietnam, Laos und Kambodscha, sich miteinander vereinigen." Moskau hat den Einmarsch massiv unterstützt, um ganz Indochina unter seine Herrschaft zu bekommen und zur Basis weiterer Expansionen in Südostasien zu machen.

Die Pekinger Führer versuchen jetzt, mit der Schützenhilfe Washingtons die vietnamesische Regierung und die sowjetischen Imperialisten zu isolieren, um ihren eigenen Einfluß in dieser Region zu verstärken. Wenn man die giftigen Wortgefechte der Vertreter Moskaus, Washingtons und Pekings vor der UNO für bare Münze nähme, könnte man meinen, ihnen allen läge nur das Wohl des Volkes von Kambodscha am Herzen. Tatsächlich jedoch sind es nackte imperialistische Raubinteressen, von denen sie getrieben werden. Vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten und die chinesischen Revisionisten haben über Jahre hinweg bedenkenlos den Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha angeheizt. Und sie haben ihr Kriegshetzerhandwerk auch noch jeweils im Namen des Sozialismus betrieben und damit der internationalen Reaktion eine billige Gelegenheit zur antikommunistischen Hetze verschafft. Die Völker Indochinas haben von diesen Kriegstreibern, die jetzt in der UNO über ihr Schicksal debattieren, alles andere zu erwarten als eine Lösung ihrer schwerwiegenden Probleme.

Volkserhebung im Iran

Der Schah am Ende

Auch nach der Einsetzung der Regierung Bakhtiar ist die Kette der großen Massendemonstrationen im Iran nicht abgerissen. Täglich strömen in den Städten die Menschen auf die Straßen, um gegen das faschistische Regime zu protestieren. Oft sind es in einer einzigen Stadt Hunderttausende — zum Beispiel am Wochenende in Teheran.

Die Aufmärsche und die anderen Aktionen der Volksmassen nehmen immer mehr einen militanten Charakter an. Bei den Demonstrationen werden Barrikaden gebaut, um dem Militär das Manövrieren zu erschweren. Immer wieder richtet sich der Zorn der Massen gegen die Einrichtungen des Regimes und seiner imperialistischen Hintermänner. In Teheran wurde zum Beispiel ein Kerker des Geheimdienstes Savak gestürmt. Die Folterinstrumente, die dabei zutage gefördert wurden, gaben ein beredtes Zeugnis vom blutigen Charakter des Regimes und steigerten den Haß des Volkes gegen die Henker noch weiter.

In Schivas griffen Demonstranten das örtliche Hauptquartier des Savak an und setzten es in Brand. Bei dieser mutigen Aktion konnten 40 politische Gefangene befreit werden. Auch das amerikanische Konsulat in der Stadt ging in Flammen auf. Aus allen Teilen des Landes werden Hinrichtungen von Offizieren und Savak-Folterknechten durch das Volk berichtet. In einigen Städten sind sogar die Namen dieser Henker auf Plakaten öffentlich ausgehängt, damit keiner der Rache des Volkes entgehen kann. Trotz eines Appells religiöser Führer, „keinen Rachefeldzug" gegen die Schergen der Diktatur zu führen, haben die Massen die Hinrichtungen fortgesetzt.

Auch die breite Streikfront im Iran hat sich weiter gefestigt. Es ist dem faschistischen Regime trotz aller Terrormaßnahmen und trotz der demagogischen Versprechungen der neuen Regierung nicht gelungen, den großen Streik der Ölarbeiter zu brechen. Gegenwärtig wird nur in geringem Umfang Öl für den inländischen Bedarf gefördert und raffiniert. Der Export ist schon seit Wochen völlig zum Erliegen gekommen. Darüber hinaus haben mächtige Streikkämpfe inzwischen nahezu alle großen Betriebe und den öffentlichen Dienst lahmgelegt. Die Beschäftigten der Fluggesellschaft „Iran Air" zum Beispiel gaben eine Erklärung ab, in der sie ihren Streik als „Kampf gegen Despotismus, Kolonialismus und Imperialismus" bezeichnen.

All diese Tatsachen zeigen klar, daß die neue Regierung unter dem angeblichen Oppositionspolitiker Bakhtiar faktisch schon gescheitert ist. Bakhtiar hatte in seinem letzte Woche vorgelegten Regierungsprogramm zwar einige Versprechungen gemacht, wie zum Beispiel die Auflösung des Savak und die Freilassung der politischen Gefangenen. Was jedoch von diesen Versprechungen zu halten ist, machte auf makabre Weise ein anderer Punkt seines Programmes deutlich. Die nach Zehntausenden zählenden Werktätigen, die in den Kämpfen der letzten Monate ermordet wurden, will Bakhtiar nämlich als Märtyrer ehren lassen. Und das erklärte er zu derselben Zeit, wo die unter seinem Befehl stehenden Unterdrückungsorgane das Massaker an unbewaffneten Menschen fortsetzten. (Siehe auch Kasten auf dieser Seite, rechte Spalte).

In den Demonstrationen der letzten Tage wurde Bakhtiar in Sprechchören als Verräter und Agent der amerikanischen Imperialisten bezeichnet. Die Massen haben sehr klar erkannt, daß dieser Mann, der sein Amt aus der Hand des Schahs empfing, nur eine Figur Washingtons ist, der die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus aufrechterhalten und das faschistische Regime ohne den Schah fortsetzen soll. Zudem haben auch die religiösen Führer und die bürgerliche Opposition, aus deren Reihen Bakhtiar ursprünglich kommt, jede Zusammenarbeit mit der neuen Regierung abgelehnt. Der Ayatollah Khomeiny hat am Wochenende ein eigenes Machtorgan unter dem Namen „Islamischer Revolutionsrat" gebildet.

Die Tatsache, daß die neue Regierung sowohl unter den Volksmassen wie auch unter der religiösen und bürgerlichen Opposition völlig isoliert ist, hat die amerikanischen Imperialisten zu den hektischen Aktivitäten der letzten Tage veranlaßt. (Siehe Artikel auf S. 1). Offener als je zuvor in der letzten Zeit haben sie sich in die Angelegenheiten des Irans eingemischt und gezeigt, daß sie die Herren des Landes sind und es auch bleiben wollen. Schon einmal — vor 25 Jahren — haben sie den Iran in einen blutigen Militärputsch gestürzt. Auch heute sind sie zu jedem Verbrechen bereit, um ihre Herrschaft über den Iran aufrechtzuerhalten. Vor dem um seine Freiheit kämpfenden iranischen Volk liegen entscheidende und schwere Wochen. Für alle fortschrittlich gesinnten Menschen muß das ein Anlaß sein, ihre Solidarität mit diesem Volk zu verstärken.



SCHAH – MATT!

Aus einem Flugblatt über das Armeemassaker in der Stadt Kaswin, das am 4. Januar im Iran verteilt wurde.

„Gestern riß auch am siebten Tag der ununterbrochene Klang der Maschinengewehrgarben nicht ab. Bis vorgestern abend hatten die Menschen bis 4 Uhr früh wegen der Schießerei keine Ruhe.

Die Anzahl der Getöteten und Verletzten ist unzählbar. Mindestens 100 Tote und 1.000 Verletzte hat es bis gestern gegeben.

Die Anzahl der Getöteten und Verletzten ist unzählbar. Mindestens 100 Tote und 1.000 Verletzte hat es bis gestern gegeben.

Einige Punkte des Basars der Stadt wurden in der Zeit der Ausgangssperre von Militärs in Brand gesetzt. Zwei große Passagen mit ungefähr 300 Geschäften wurden zerstört und das ganze Hab und Gut und die Waren von Militärangehörigen erbeutet.

Panzer überfahren Autos mit Insassen, und gestern wurden zwei Fahrzeuge mit sechs Insassen auf dem Asphalt glattgewalzt. In der Saagenstraße hat ein Panzer ein Taxi mit fünf Fahrgästen dem Erdboden gleichgemacht.

Die Militärs haben das Schah-Ismail-Hospital angegriffen und dort auf das Personal geschossen. Die Verletzten wurden aus dem Krankenhaus geholt und bei lebendigem Leibe begraben.

Das öffentliche Frauenbad wurde angegriffen und Frauen im Innern des Bades mit Maschinengewehrsalven getötet. Bis gestern abend konnte keiner die Leichen bergen, denn Personen, die sich näherten, gefährdeten ihr eigenes Leben, indem sie Zielscheiben für Kugeln waren.

Vorgestern, am Montag, ist die Hauptmoschee vom Boden mit Maschinengewehren und aus der Luft von Hubschraubern unter Beschuß genommen worden. Die mehr als zehn Zentimeter dicke hölzerne Tür der Moschee ist der beste Zeuge des Vorfalles. Sie ist mit Kugeln durchlöchert.

Savak-Angehörige und Militärs in privaten Fahrzeugen haben gestern und vorgestern jeden, den sie auf der Straße sahen, mit Kugeln beschossen oder getötet. Die Leichen der Märtyrer liegen in den Straßen auf dem Boden und niemand traut sich, sich ihnen zu nähern."

Bonn an der Seite des Schah-Regimes

Zum Jahresbeginn haben 143 Offiziere des iranischen Mordregimes ihre Ausbildung an den Hochschulen der Bundeswehr aufgenommen. Täglich erreichen uns Berichte über grausame Massaker der iranischen Armee an den Werktätigen des Landes. Für Bonn jedoch ist das kein Grund, die militärischen Beziehungen zu diesem Henkersregime abzubrechen. Im Gegenteil — wie man sieht, können sich die Bluthunde des Schahs bei der Bundeswehr auch noch den letzten militärischen Schliff holen. Während ihrer Ausbildung tragen die Schah-Offiziere übrigens die Uniform der Bundeswehr.

Vor wenigen Wochen erst hatte ein anderer Bonner Liebesdienst für den Schah breite Empörung in unserem Land hervorgerufen. Die bundeseigene Fritz-Werner-GmbH hatte 15.216 Handschellen nach Teheran geliefert.

England

100.000 LKW-Fahrer im Streik

Die englische Arbeiterklasse hat sich zu mächtigen Streikaktionen erhoben. Der Kampf geht um Lohnerhöhungen bis zu 30 Prozent und um die 35-Stunden-Woche. Die Streiks richten sich damit zugleich gegen die 5-Prozent-Leitlinie der Regierung Callaghans; sie zeigen, daß die englische Arbeiterklasse nicht bereit ist, die Lasten der kapitalistischen Krise auf ihre Schultern abwälzen zu lassen. In der vordersten Streikfront stehen jetzt die Lastwagenfahrer.

Der zunächst wilde Streik der LKW-Fahrer hat sich in der letzten Woche beträchtlich ausgeweitet. Die Führung der Transportarbeitergewerkschaft erklärte den Streik zu einem offiziellen, um ihn — wie sie verlauten ließ — besser in den Griff zu bekommen. Damit erhöhte sich jedoch auch die Zahl der streikenden Lastwagenfahrer von 30.000 auf 100.000.

Die Lastwagenfahrer haben mit ihren Streikposten die Häfen abgeriegelt und damit den Außenhandel praktisch zum Erliegen gebracht. Nach den uns vorliegenden Berichten sind die Häfen London, Liverpool, Hull, Southhampton und Glasgow betroffen. Die Hafenarbeiter zeigen sich solidarisch und weigern sich, die Streikposten zu umgehen. Vor zahlreichen inländischen Betrieben stehen die Streikposten der Lastwagenfahrer.

Die Regierung sucht dem Streik mit Notstandsmitteln zu begegnen. In der vergangenen Woche hatte sie schon auf den Streik der Tankwagenfahrer in Nordirland mit der Verhängung des Notstands und dem Einsatz der Armee reagiert. In England, Wales und Schottland rief sie nun sogenannte Notstandsausschüsse ins Leben, die die Versorgung mit den wichtigsten Gütern aufrechterhalten sollen und die die Vorbereitung auf den Notstand sind.

Gegen den Streik der Lastwagenfahrer läuft in den bürgerlichen Massenmedien eine üble Hetzkampagne. Da ist die Rede von Erpressung, Chaos und Panik; da wird der Zusammenbruch der Wirtschaft, der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern an die Wand gemalt. Aber es sind nicht die Arbeiter, die für die eingetretenen und noch eintretenden Zustände verantwortlich gemacht werden können. Es ist das kapitalistische System, das mit Rationalisierung, Überstundenhetze und Teuerung die Lage der Arbeiter laufend verschlechtert; es sind die Unternehmen, die sich weigern, auf die berechtigten Forderungen der Lastwagenfahrer einzugehen.

Vor dem Streik erhielt ein LKW-Fahrer höchstens 53 Pfund (210 Mark) pro Woche; er mußte nach amtlichen Angaben durchschnittlich 10,8 Überstunden wöchentlich fahren. Dem entgegen steht nun die Forderung nach einer Erhöhung des Wochenlohns auf 65 Pfund (260 Mark) und nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden.

Grußadressen zum 10. Jahrestag der KPD/ML

Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Irans

Genossen vom Zentralkomitee der KPD/ML, Genossen der Partei, Sympathisanten der Partei und tapferes deutsches Proletariat, liebe Genossen!

Die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Irans hat die große Ehre, an dieser Feier zum zehnjährigen Bestehen der KPD/ML und dem erfolgreichen Abschluß des IV. Parteitages teilzunehmen.

Zehnjähriges Bestehen bedeutet zehn Jahre organisierten Kampfes der Kommunisten in Deutschland, zehn Jahre unnachgiebigen Kampfes gegen den größten Imperialismus Westeuropas, die westdeutsche Bourgeoisie, die mit ihren gierigen Klauen die Werktätigen in der ganzen Welt würgt.

Zehnjähriges Bestehen bedeutet zehn Jahre Triumph der kommunistischen Partei gegen alle Agenten der Bourgeoisie in diesem Land, Triumph über die Agenten der alten Sozialdemokratie, der Chruschtschowschen Revisionisten und der neuesten Revisionisten, der chinesischen.

Diese Feier findet zu einer Zeit statt, wo die bürgerliche Gesellschaft in einer besonders schweren Krise steckt. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten haben sich heftig verschärft. Die Imperialisten, vor allem die zwei Supermächte, Amerika und Rußland, diese beiden Hauptfeinde der Menschheit, beuten die Völker der Welt aus und streiten zugleich um den größten Anteil an der Beute, was zu einer immer größeren Zuspitzung der Widersprüche führt.

Die wirtschaftliche Krise zwingt die Kapitalisten, die Völker der Welt noch mehr auszubeuten und gleichzeitig auch die Last der Krise auf die Werktätigen im eigenen Land abzuwälzen, was den Widerspruch der zurückgebliebenen Länder und der Werktätigen in den imperialistischen Ländern zum Imperialismus weiter zuspitzt.

In der ganzen Welt, von Lateinamerika über Afrika bis Asien, kämpfen die Völker für ihre Freiheit gegen den Weltimperialismus. Diese Kämpfe sind so heftig und so stark, daß die Imperialisten in Verwirrung geraten.

Die Kämpfe der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern nehmen zu, wie man etwa an den großen Streiks in der letzten Zeit sehen kann, und sie sind verbunden mit den Kämpfen der Völker der zurückgebliebenen Länder. Natürlich sieht der Weltimperialismus nicht tatenlos zu, sondern greift zu vielerlei Taktiken gegen den inneren und äußeren Gegner. Die Faschisierung ist in den imperialistischen Ländern ein aktuelles Problem. Je stärker der Kampf der Werktätigen in diesen Ländern wird, desto deutlicher kann man die fortschreitende Faschisierung sehen.

In den zurückgebliebenen Ländern setzt der Imperialismus seine faschistische Herrschaft mit Hilfe seiner Kettenhunde und Lakaien durch und versucht so, seine Interessen abzusichern und auszuweiten. Die westdeutschen Imperialisten haben, wie es sogar von amtlicher Seite zugegeben wird, im Iran beispielsweise im Verlaufe einiger Jahre 19 Milliarden Dollar investiert, aber 90 Milliarden Dollar Gewinn herausgeholt; in einigen Branchen war der Gewinn sogar 2000prozentig.

Mittlerweile nehmen die Kämpfe unseres Volkes jeden Tag an Stärke zu und haben eine besondere Bedeutung weltweit erlangt. Unser tapferes, fleißig arbeitendes Volk lebt seit 50 Jahren unter dem barbarischen, faschistischen Pahlevi-Regime, das die Imperialisten ihm aufgezwungen haben und aufrechterhalten. In den Gefängnissen im Iran sind mehr als 100.000 politische Gefangene eingekerkert und werden gefoltert. Die kaiserliche Armee umfaßt 400.000 Soldaten, die von etwa 60.000 ausländischen Militärberatern, meist amerikanischen, gedrillt werden. Es ist eine Armee, die die aggressiven Pläne der Imperialisten im Iran und der ganzen Region durchsetzen soll. Innerhalb einiger Jahre betrugen die Ausgaben für Kriegsmaterial über 16 Milliarden Dollar.

Der Iran ist ein großes Land mit geringer Bevölkerungsdichte, ein Agrarland, das jetzt mehr als 80 Prozent der Agrarprodukte und Lebensmittel aus dem Ausland importieren muß. Das Brot ist zu einem Tagesproblem geworden. Die Preise sind ins Uferlose gestiegen. Bei einer bisherigen Jahresproduktion von einer halben Milliarde Tonnen Öl, außerdem reichen Förderungen von Gas, Kupfer und anderem, ist unser Land heute tief verschuldet, die Arbeitslosigkeit wächst, und die Hungersnot greift um sich.

Das sind die wahren Wurzeln des ruhmvollen und tapferen Aufstandes unseres Volkes. Unser Volk ist entschlossen — wie es die Völker in anderen Ländern sind — seinen Kampf bis zum Ende weiterzuführen. In seiner Entschlossenheit und Opferbereitschaft hat es gezeigt, daß es nicht mehr unter dem Joch der Imperialisten leben will. Als das Regime die Erhebung der tapferen Bevölkerung von Ghom blutig niederschlug, erhob sich die tapfere Bevölkerung von Täbris und gab ehrenvoll mehr als tausend Tote und Tausende von Verletzten hin. Die tapfere Bevölkerung von Meschied hatte bisher jeden Monat 100 Tote zu beklagen. Auch in Schiras, Isfahan, Abadan usw. erheben sich die kämpfenden Volksmassen. In Abadan verbrannte das Regime im Rex-Kino 800 Menschen bei lebendigem Leibe. Der „schwarze Freitag" in Teheran endete mit mehr als 8.000 Toten.

Um ein weiteres Bild von den Grausamkeiten des Regimes zu geben, hier ein Kurzbericht von Genossen der Partei über die Ereignisse vom 1. bis 4. Dezember allein in Teheran: Im Stadtteil Saidchandan 40 Tote, Amiriyeh 30 Tote, Mäidanehschusch 200 Tote, Masdschiddehschah 4 Tote, am 2. Dezember im Stadtteil Sartscheschmeh — was als zweiter Schwarzer Freitag bekannt ist — 3.000 Tote, unzählige Leichen in Serahaminsohur, Kutschesoralihe, Pamenar, Tschragbarg liegen übereinander... Auf die Städte Isfahan und Schiras werden Luftangriffe mit Hubschraubern geflogen, und Nacht für Nacht werden diese Städte bombardiert.

Aber unser Volk läßt sich nicht einschüchtern. Unsere Werktätigen haben mit ihren Streiks dem Imperialismus schwere Schläge zugefügt. Diese Streiks haben die Imperialisten zum Zittern gebracht. Das Marionettenregime wurde sogar gezwungen, Öl aus Saudi-Arabien einzuführen. Unsere Werktätigen, vor allem die Arbeiter in der Ölindustrie und in den Fabriken, bezahlen zwar ihren Streik mit viel Blut, lassen sich aber nicht beugen, und ihr landesweiter Streik dauert mit unverminderter Standhaftigkeit noch an. Der gesamte Regierungsapparat ist in sich zusammengebrochen mit Ausnahme von Militär, Polizei und Savak. Jedermann streikt.

In diesem Moment sollte für die Führung einer solchen Bewegung eine große Partei vorhanden sein. Durch den Verrat der Chruschtschowschen Revisionisten wurde jedoch die Partei der iranischen Arbeiterklasse vernichtet und damit der iranischen proletarischen Revolution ein schwerer Schlag versetzt.

Zu Anfang der 60er Jahre haben die iranischen Marxisten-Leninisten den Kampf gegen diesen Verrat aufgenommen und waren schon kurz danach den Angriffen der chinesischen Revisionisten ausgesetzt. Seit 1964 gingen die chinesischen Revisionisten mit allen erdenklichen Tricks gegen die Marxisten-Leninisten des Irans vor, und seit 1971 unterstützen sie offiziell den Faschismus im Iran.

Trotzdem konnten unsere Marxisten-Leninisten nach 14 Jahren innerer und äußerer Kämpfe vor anderthalb Jahren ihre Partei gründen. Die Gründung unserer Partei fand zu einem Zeitpunkt statt, als die iranische Gesellschaft kurz vor ihrer Explosion stand. Unsere Partei ist entschlossen, die historische Aufgabe, die ihr übertragen worden ist, zu erfüllen. So wurde in unserem Plenum, das im Sommer dieses Jahres stattgefunden hat, beschlossen: Die Partei soll die Führung übernehmen, wo es ihr möglich ist, und eine Offensive starten.

In den Arbeitervierteln Teherans konnte die Partei große Demonstrationen organisieren und auch am Schwarzen Freitag in Teheran sowie in anderen Städten antifaschistische Offensiven einleiten. In manchen Fabriken haben unsere Anhänger bei den Streiks in vorderster Kampflinie gestanden. Im Universitätsstreik und bei Studentendemonstrationen haben sie eine wichtige Rolle gespielt und als erste die Parole „Demokratische Volksrepublik" verbreitet. In den nördlichen Städten Barbol, Amol und Behschar kam es zu heftigen Kämpfen mit dem Militär, der Polizei und Agenten des Regimes, und unsere Anhänger konnten mit Unterstützung fortschrittlicher Kräfte die Volksrepublik ausrufen und für zwei Tage die Gewalt übernehmen. Im Norden des Landes wurde eine Demonstration mit etwa 70.000 Teilnehmern von den Anhängern unserer Partei organisiert.

Unsere Partei weiß, daß sie sich nach der Wirklichkeit richten muß, und hat richtig gesehen, was unser Volk wünscht. Unser Volk wünscht den bewaffneten Kampf. Obwohl unsere Partei noch jung ist und wenig Erfahrung hat, ist ihre Losung jetzt der bewaffnete Kampf, und sie bereitet sich mit höchstem Eifer und so schnell wie möglich darauf vor, diese ihr übertragene historische Aufgabe zu erfüllen. Denn der Feind ist bereit — vor einigen Monaten hat es der Schah selber gesagt —, 15 Millionen Iraner zu töten, wenn es darauf ankommt.

Die amerikanischen und anderen Imperialisten, Sozialimperialisten und chinesischen Imperialisten unterstützen das Regime mit Heftigkeit. Ein Teil der in Mannheim stationierten amerikanischen Truppen ist nach Persien verlegt worden. Die pakistanische Armee und arabische Armeen bereiten sich darauf vor, im Notfall Truppen in den Iran zu entsenden. Armee-Einheiten aus Malaysia und von den Philippinen sind schon eingetroffen, wie auch israelische Soldaten schon seit Monaten im Iran stehen.

Naturgemäß sieht unsere Partei ihre Aufgabe darin, so schnell wie möglich zum bewaffneten Befreiungskampf überzugehen. Allen Parteiorganisationen wurden die derzeit dazu nötigen Anweisungen gegeben. Unser Plenum hat wirklich gut erkannt, daß zur Zerschlagung des Revisionismus und all seiner Schattierungen alle Zellen der Partei ihr Studium zu intensivieren und ihr theoretisches Wissen zu erhöhen haben. Nur durch dieses Mittel kann man die antirevolutionären Ideen von Mao Tsetung, die mit besonderer Feinheit in der marxistisch-leninistischen Bewegung Fuß gefaßt haben, bekämpfen.

Unsere Partei hat niemals akzeptiert, daß es in der Partei zwei Linien geben dürfe, daß die Bourgeoisie den Sozialismus aufbauen könne, daß die kommunistische Partei die Aufgabe besitze, die bürgerlichen Parteien zu unterstützen und zu festigen; auch die Pseudotheorie der „drei Welten", die ein Konzentrat der Ansichten Mao Tsetungs ist, hat sie niemals akzeptiert, ebensowenig Mao Tsetungs Ansicht, daß der US-Imperialismus schwächer geworden sei und auf der Seite der Revolutionäre stehen könne. Unsere Partei bekämpft alle diese Ansichten als antimarxistisch und antirevolutionär.

Unsere Partei betrachtet den Kampf unseres Volkes und Proletariats als Teil des Kampfes des Weltproletariats. Wie wir sehen, haben sich alle Imperialisten zu einer entscheidenden Schlacht gegen das iranische Volk vereinigt. Aber unser Volk und unser Proletariat hat mächtige Verbündete, das Proletariat und die freiheitsliebenden Völker der Welt, die das sozialistsische Lager unter Führung der sozialistischen Volksrepublik Albanien bilden. Der Weltimperialismus ist in einem Gebiet, das für ihn größte Bedeutung hat und eine seiner Lebensadern darstellt, in die Enge getrieben und hat seinen Kopf in der Schlinge, und es gilt, ihm hier gemeinsam eine vernichtende Niederlage zu bereiten.

Es lebe die KPD/ML, die Partei des deutschen Proletariats!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!
Es lebe der große Marxist-Leninist, Genosse Enver Hoxha!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Kommunistische Partei Brasiliens

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen,

das ZK der Kommunistischen Partei Brasiliens hat das Kommuniqué über die Durchführung Eures Parteitags mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen dieses wichtige Ereignis im Leben Eurer Partei von ganzem Herzen und drücken unsere Zuversicht aus, daß dieser Parteitag ein voller Erfolg ist, und haben die Hoffnung, daß er sich zu einem neuen politischen und ideologischen Markstein Eures revolutionären Wirkens unter dem deutschen Proletariat entwickelt. Wir grüßen Euren zehnjährigen Kampf für die Revolution und den Sozialismus, den Ihr geführt habt, in Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat große theoretische und praktische Beiträge zur kommunistischen Weltbewegung geleistet. Viele Jahre lang nahm die deutsche Partei des Proletariats einen herausragenden Platz im revolutionären Kampf ein. Riesig ist die Zahl Eurer Helden und Märtyrer, die mit der revolutionären Fahne in der Hand starben. Diese heldenhafte Tradition des Kampfes wird heute von der KPD/ML fortgesetzt, die in hartem Kampf gegen die Revisionisten und Verräter an der Sache der Befreiung der Arbeiterklasse aufgebaut wurde.

Die Kommunistische Partei Brasiliens hat Eure Aktivitäten auf den verschiedenen Gebieten des politischen Kampfes intensiv verfolgt. Wir haben Euren intensiven Kampf gegen jede Art des Revisionismus mit Freude gesehen, einen Kampf, der heute erweitert wird durch den Kampf gegen den chinesischen Revisionismus und seine maoistische Ideologie. Erfreut sehen wir, wie Ihr in diesem Kampf entschieden voranschreitet, Hindernisse überwindet und Kräfte sammelt für die große Aufgabe, dem deutschen Proletariat endgültig seine marxistisch-leninistische Partei und Führung wiederzugeben.

Liebe Genossen, Brasilien wurde von der gegenwärtigen Krise brutal getroffen. Das sogenannte brasilianische Wirtschaftswunder, ein Modell der Bereicherung, das die Verbindung der völlig schrankenlosen Ausbeutung der Massen mit dem völligen Ausverkauf der nationalen Wirtschaft im Dienste des Imperialismus darstellt, hat diese Krise beschleunigt und ausweglos gemacht. Die militärfaschistische Diktatur, die wildeste Form der kapitalistisch-imperialistischen Herrschaft, ist schwer erschüttert. Der zunehmenden Zersetzung der Militärdiktatur entspricht ein großer Aufschwung der Massenbewegung. Bei diesem allgemeinen Aufschwung ragt das Handeln der Arbeiterklasse hervor, die eine gewaltige Streikbewegung durchführt.

Die KP Brasiliens kämpft unter härtester Illegalität unermüdlich an der Spitze der Werktätigen und der Volksmassen. Ohne Kompromisse, ohne Angst vor Schwierigkeiten und Opfern kämpfen wir gegen das militärfaschistische Regime, das unser Volk unterdrückt. Wir kämpfen im Vertrauen darauf, daß die Sache der Freiheit, der Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus in Brasilien siegen wird.

Liebe Genossen, die KPD/ML hat starke internationalistische Traditionen. Sie schließt sich mit allen Marxisten-Leninisten der Welt zusammen, von denen die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens mit ihrem großen Führer Enver Hoxha an der Spitze steht. So auch heute, wenn am 10. Jahrestag ihrer Gründung die KPD/ML bei ihren Feiern die Vertreter verschiedener proletarischer Parteien vereinigt. Das ist eine bedeutsame internationalistische Geste. Wir sind sicher, daß die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten auf dem proletarisch-revolutionären Weg Ernst Thälmanns fortschreiten und das Proletariat und das deutsche Volk bei der Erringung des Sozialismus in einem wiedervereinigten Vaterland führen wird.

Es lebe die KPD/ML!
Es lebe die unzerstörbare Einheit und Freundschaft zwischen der Kommunistischen Partei Brasiliens und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es lebe die unbesiegbare Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Brasiliens
im Dezember 1978

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



US-Armee: Herd der Rauschgiftsucht

Mehr als die Hälfte der in der Deutschen Bundesrepublik stationierten US-Besatzer ist drogenabhängig. Dies geht aus einer vom US-Repräsentantenhaus veröffentlichten Umfrage hervor. Bei der Erhebung waren 626 Soldaten aus 13 Einheiten befragt worden. Dabei ergab sich, daß mehr als die Hälfte während des Dienstes Marihuana oder Haschisch raucht. 10 Prozent nehmen Heroin.

Dies also ist der innere Zustand einer Armee, die in Westdeutschland angeblich die Freiheit garantieren soll. Schon in Friedenszeiten ist sie eine Bedrohung der Bevölkerung, eine Quelle von Verbrechen, von Vergewaltigungen, Raub und Mord. Sie ist ein Herd der Rauschgiftsucht, der vor allem die westdeutsche Jugend mit Krankheit und Drogentod bedroht.

Die Bonner Parteien, die zuständigen Regierungs- und Verwaltungsstellen reagierten mit Beschwichtigungen. Die Kampfkraft der US-Armee sei nicht beeinträchtigt, hieß es. Etwas anderes interessiert die Herren nicht! Und das Bundesverteidigungsministerium interessierte in diesem Falle gleich gar nichts: Es bezeichnete die Angelegenheit als „inneramerikanisch" und lehnte eine Stellungnahme ab.

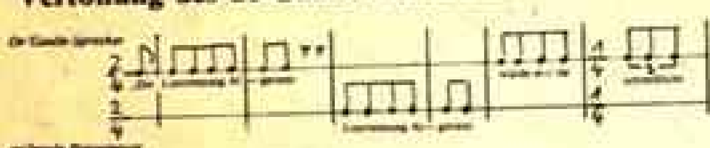
KBW — musikalisch

Der KBW schreitet auf dem einmal eingeschlagenen Weg der Erzielung immer größerer Operneffekte stürmisch und unbeirrbar voran. Wie die Zeitung „Kommunismus und Klassenkampf" 1/79 berichtet, wurden nun eine Reihe von politischen Dokumenten der 40er und 50er Jahre erfolgreich vertont und aufgeführt. Es handelt sich um Dokumente und Zitate über die Unterdrückung der griechischen Revolution, die Intervention in Korea und den Kolonialismus in Algerien, darunter Zitate von Truman, Adenauer und de Gaulle. An der Aufführung des Musikstückes waren, nach den choreographischen Skizzen zu urteilen, 100 Akteure beteiligt.
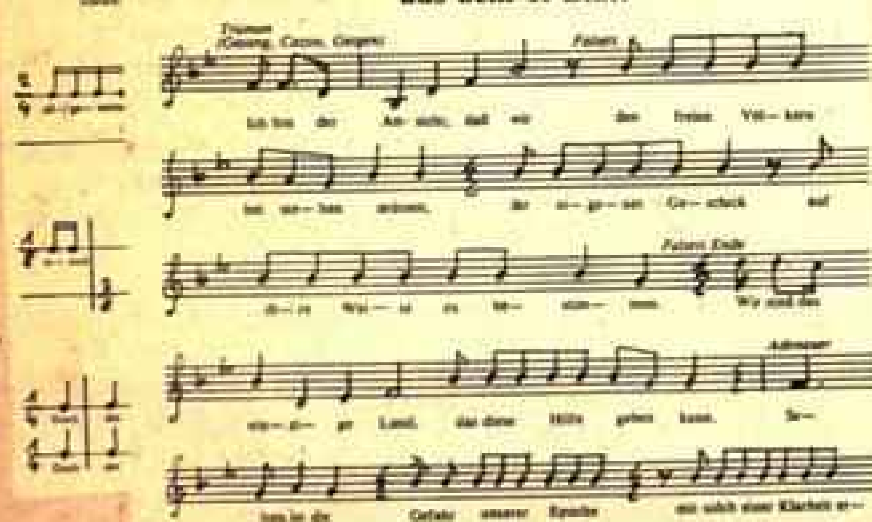
Aus dem Bericht der Zeitschrift geht hervor, daß die Texte mit großer künstlerischer Gewissenhaftigkeit musikalisch bearbeitet worden waren. „Bei der Vertonung der reaktionären Dokumente", schreibt die Zeitschrift — „wurde der aggressive und widerliche Charakter der imperialistischen Propaganda der sonst als ‚freundlich' und ‚hilfsbereit' auftretenden Politiker entlarvt und dargestellt. Das wichtigste dabei war, die Sprache aggressiv zu verzerren und zu dehnen, zum Beispiel statt ‚Hilfe': ‚Hiiilfe'."

Die Zeitschrift verspricht sich von dem Musikstück — als einem Mittel, das den politischen Willen vieler Menschen ausdrücken und organisieren hilft" — eine gute Wirkung; sie kündigt gleichzeitig an, daß das Gesangswerk demnächst überall aufgeführt werden soll ...
Hilfe!
Hiiilfe!

Vertonung des de Gaulle Zitats aus dem 3. Blatt



Vertonung der Zitate von Truman und Adenauer aus dem 1. Blatt



Privatdetektive gegen Arbeiter

Am 29. September 1978 verschickte das Detektiv-Institut Kocks GmbH, das im Ruhrgebiet wirkt und seinen Hauptsitz in Duisburg hat, an Rechtsanwälte ein Rundschreiben. Darin bot es — im Falle von Arbeitsgerichtsverhandlungen — der Unternehmerseite seine Hilfe bei der Erlangung eines „speziellen Vergleichsvorteils" an. Was war darunter zu verstehen? — Das Detektivbüro ging davon aus, daß Arbeitnehmer, die in ein Arbeitsgerichtsverfahren eintreten, über die Firma nebst deren Inhaber oft „zuviel wissen". Mit dieser „genauen Kenntnis, bei deren Veröffentlichung einer der Prozeßbeteiligten einen Skandal oder Schaden zu befürchten hat", könnten sie die Unternehmerseite zu einem Vergleich „erpressen". Dagegen hilft — nach Kocks — nur eines: Erpressung! Der Unternehmer müßte über die Arbeitnehmerseite ebenfalls belastendes Material sammeln, um schon vor dem Prozeß „Waffengleichheit" — wie Kocks sich ausdrückt — herstellen zu können.

Über die Gesichtspunkte, nach denen die Werktätigen bespitzelt werden sollen, hat sich Kocks auch Gedanken gemacht. Dem Rundschreiben beigefügt ist eine „Checkliste" mit 18 Punkten. Darin wird unter anderem nach „Fehlverhalten an früheren Arbeitsplätzen", nach „extremen, u. a. gegen die Berufsnorm gerichteten Ambitionen", nach „Aufrufen zu wilden Streiks" und nach „Angriffen auf das Image oder den Ruf des Unternehmens" gefragt. Für die Spitzeleien bietet sich natürlich das Detektivunternehmen an. „Bei der Betrachtung des Themas ‚Beweisnot'", heißt es, „kann unsere mehr als 20jährige Erfahrung Ihnen möglicherweise dienlich sein."

Erfahrung in der Ausspitzelung der politischen Gesinnung von Werktätigen hat das Unternehmen in der Tat. Firmenchef Kocks selbst gab vor einiger Zeit zu, von großen Unternehmen monatlich rund 30 derartige Aufträge zu erhalten. Die Firma Kocks war 1977 ins Rampenlicht geraten, als bekannt wurde, daß zu ihren Praktiken der Informationsbeschaffung die Bestechung von Polizeibeamten gehörte.

Daß das Detektiv-Institut Kocks GmbH mit seinen Praktiken nicht allein steht, zeigt ein Fall, der gegenwärtig vor einem Frankfurter Schöffengericht verhandelt wird. Einem Kriminalbeamten wird dort Bestechlichkeit und die Weitergabe von Dienstgeheimnissen an einen Privatdetektiv vorgeworfen. Der Detektiv hatte die Informationen angefordert, als er mit der Fabrizierung von Belastungsmaterial gegen einen unliebsamen Betriebsratsvorsitzenden befaßt war. Der Detektiv suchte dem Betriebsrat ein Rauschgiftdelikt unterzuschieben und so der Firma, die den Betriebsrat kündigen wollte, aus der „Beweisnot" zu helfen. (Wir berichteten über den Fall im „Roten Morgen" Nr. 49).

DETEKTIV-INSTITUT KOCKS GMBH — KOCKS-SCHUTZ

ZENTRALE:
4100 DUISBURG 1,
KÖNIGSTRASSE
POSTFACH

KONTEN:

15-78

29.09.1978

Betr.: Spezieller Vergleichsvorteil im Arbeitsgerichtsprozeß

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,
sehr geehrte Frau Rechtsanwältin,

Vergleiche in Arbeitsgerichtsprozessen sind gelegentlich das Ergebnis massiver Erpressung und gründen dann auf genauer Kenntnis intimer Zusammenhänge, bei deren Veröffentlichung einer der Prozeßbeteiligten einen Skandal oder Schaden zu befürchten hat.

Der Vorteil des Erpressers liegt darin, daß da, "wo gehobelt wird", auch Fehler passieren.

... die Offenbarung eines Fehlers ...

Detektiv-Institut Kocks GmbH — KOCKS-SCHUTZ

CHECKLISTE (18) zur relativen Balance gegen Erpresser im Arbeitsgerichtsprozeß

- ?) Wurde vor der Einstellung eine "Bewerber-Auskunft" eingeholt?
- ?) Liegen Erfahrungen über Fehlverhaltensweisen an früheren Arbeitsplätzen vor?
- ?) Konnten im eigenen Geschäftsbereich bzw. des Kontrahenten Feststellungen zu folgenden Punkten gesammelt werden:
  - ?) Nichteinhaltung finanzieller Verpflichtungen (Zwangsvollstreckungen)
  - ?) Kriminelle Handlungen
  - ?) Extreme, u. a. gegen die Berufsnorm gerichtete Ambitionen
  - ?) Schwarzarbeit
  - ?) Verleitung von Kollegen oder Untergebenen zu Pflichtwidrigkeiten (z. B. Untätigkeit / Krankfeiern / Schwarzarbeiten etc.)
  - ?) Aufrufe zu illegalen Streiks
  - ?) Angriffe auf das Image oder den Ruf des Unternehmens
  - ?) Vortäuschung von Krankheit zwecks Freistellung von der Arbeit
  - ?) Geschäftspapiere o. ä. kopiert und in den privaten Bereich verbracht
  - ?) bzw. an Wettbewerber oder Gegner übergeben
  - ?) Arbeitsleistung durch private Beschäftigungen vermindert
  - ?) Produkte oder Betriebsstoffe in private Bereiche überführt
  - ?) Entliehene Werkzeuge stets zurückgegeben
  - ?) Im Betrieb von Kollegen gefertigte ...

Exorzisten-Bischof Stangl zurückgetreten

Der Würzburger Bischof Stangl, mit dessen ausdrücklicher Billigung die 21jährige Anneliese Michel von zwei kirchlichen Teufelsaustreibern zu Tode gequält worden war, ist in der letzten Woche von seinem Amt zurückgetreten.

Über die Gründe des Rücktritts herrscht noch immer keine volle Klarheit. Gesundheitliche Rücksichten hätten den Bischof bestimmt, lautet die kirchenamtliche Version. — Die öffentlichen Wirkungen der ruchbar gewordenen Teufelsaustreibung mit Todesfolge hätten nicht nur Gesundheit und Psyche des Bischofs, sondern auch seine kirchliche Stellung erschüttert, meint die „Süddeutsche Zeitung".

In einschlägigen Kreisen kursiert noch eine dritte Version: Der Leibhaftige selbst habe bei dem Rücktritt des bischöflichen Teufelsjägers die behaarte Krallenhand im Spiel gehabt. — Am Ende gar ist der von des Bischofs Exorzisten ausgetriebene Teufel in den zarten Leib des Bischofs eingefahren?!

Vielleicht sollte der Bischof, statt seiner Ärzte, einmal die mittelalterliche Riege seiner Teufelsaustreiber bemühen. Die trieben ihm den Teufel schon aus!

„Bild" gibt Einbruch zu

In Frankfurt waren „Bild"-Redakteure in die Wohnung eines Festgenommenen eingebrochen, um an Material für Sensationsberichte über einen angeblichen Vampir zu kommen. (Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe darüber.)

Am Montag letzter Woche hat die „Bild"-Zeitung diesen Einbruch öffentlich zugeben müssen. In einer Presseerklärung der Hamburger Redaktion hieß es: „Ein Redakteur von ‚Bild'-Frankfurt ist widerrechtlich in die Wohnung eines wahrscheinlich Rauschgiftsüchtigen eingedrungen. Es wurden Bilder mitgenommen. Die Chefredaktion mißbilligt das Vorgehen des Redakteurs scharf." — Ferner wurde bekannt, daß der Leiter der Frankfurter „Bild"-Redaktion, Schindlbeck, die volle Verantwortung für den Vorfall übernommen und seine Kündigung eingereicht habe.

So also sucht sich das Springer-Hetzblatt jetzt aus der Affäre zu ziehen! Als eine Entgleisung, als Verfehlung einzelner soll jetzt hingestellt werden, was für „Bild" — eingestandenermaßen — doch nur ein gewöhnlicher Vorgang war. Am Samstag zuvor hatte das Blatt noch geschrieben: „Der Anlaß war winzig: Es ging um die Beschaffung von Fotos eines Drogentäters. Der Vorgang mochte der Polizei unklar sein. Das hätte eine Rückfrage gerechtfertigt, vielleicht ein Ermittlungsverfahren. Aber 20 Polizisten, die deshalb eine Redaktion durchwühlen? Ein Sturm im Wasserglas?" ...

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30**

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.